
Sozial- und Gesundheitsverwaltung

- 50 Sozialamt
- 51 Jugendamt
- 52 Sportamt
- 53 Gesundheitsamt
- 54 Kliniken der
Landeshauptstadt Düsseldorf
- 55 Ausgleichsamt

Amt 50 – Sozialamt

Amtsleiter: Rainer Rohstock

Personal- und Organisationsangelegenheiten

Die Anfang der 80iger Jahre begonnene Einführung der sachbearbeiterorientierten Textverarbeitung konnte im Berichtszeitraum weiter ausgebaut werden. Mittlerweile sind 72 Bildschirmarbeitsplätze für Textverarbeitung eingerichtet, wovon 115 Mitarbeiter profitieren. Durch den Einsatz der Bildschirmarbeitsplätze war es möglich, den durch steigende Fallzahlen und neue Aufgaben bedingten Personalbedarf zu begrenzen.

Zur Vorbereitung auf die Einführung eines neuen Berechnungsverfahrens „Sozialwesen“ als Online-Version mit rd. 180 Bildschirmarbeitsplätzen, vornehmlich in den Zweigstellen des Sozialamtes, wurden bereits zu Testzwecken einige Bildschirme in zwei Zweigstellen installiert. Die komplette Einführung des Online-Verfahrens erfolgt ab 1989.

Der Einsatz dieses neuen Verfahrens soll mit dazu beitragen, dem Sachbearbeiter mehr Freiraum für noch qualifiziertere Beratung der Hilfesuchenden zu geben. Das neue Programm bietet letztlich auch Möglichkeiten für die Ausfertigung lesbarer Hilfebescheide und für eine verbesserte Sozialplanung und versetzt die Verwaltung in die Lage, Strukturanalysen – sei es im organisatorischen als auch im inhaltlichen Bereich – durchzuführen.

Zu erwähnen sei noch die durchgeführte Sonderaktion „Straßenschlüssel“, die erhebliche Vorteile u.a. im Bezug auf stadtteilbezogene Auswertungen bringt. Die in immer weitere Bereiche Einzug haltende Textverarbeitung bedingt u.a. auch eine Umgestaltung im Bereich des Vordruckwesens.

Die in der Kettwiger Straße 6 untergebrachten Zweigstellen 10 und 14 wurden im Januar 1988 in die Bogenstraße 39 verlegt. Durch den permanenten Anstieg der Sozialhilfeempfänger-Zahlen mußten in allen Zweigstellen weitere Arbeitsgruppen eingerichtet werden. Dadurch sind in einigen Dienststellen erhebliche Raumprobleme aufgetreten, die zu weiteren Verlegungen und auch Neubauplanungen führen werden.

Die zuletzt im Gesundheitshaus Kölner Straße 180 untergebrachte wirtschaftliche Tbc-Hilfestelle des Sozialamtes wurde im Juni 1987 aufgelöst und die Bearbeitung der Leistungsfälle in die Zweigstellen verlagert. Zum 01.01.1988 wurde die Tbc-Hilfe als gesetzliche Leistung des BSHG aufgehoben.

Bei der Verbindungsstelle des Sozialamtes zum Arbeitsamt wurde das Sachgebiet „Hilfe zur Arbeit“ personell weiter ausgebaut.

Das Sachgebiet „Hilfe für Sprachbehinderte“ ist Mitte 1986 von der Goethestraße 56 in die

Willy-Becker-Allee 10 an der Ostseite des Hauptbahnhofes umgezogen.

Die Personalentwicklung des Sozialamtes in den drei Jahren laut Stellenplan sieht wie folgt aus:

	1986	1987	1988
Arbeiter	102	103	98
Angestellte	510	492	519
Beamte	201	207	229
insgesamt:	813	802	846

Allgemeine Sozialhilfe (einschl. Kriegsoferfürsorge)

Ab 01.10.1986 können Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt zur Deckung des Bedarfs an Bekleidung und Schuhen Jahrespauschalen in Anspruch nehmen. Die Pauschalzahlung soll den Hilfeempfänger in die Lage versetzen, seinen notwendigen Regelbekleidungsbedarf in eigener Verantwortung und selbstgewählter Rangfolge zu decken und dabei günstige Angebote, beispielsweise im Sommer- und Winterschlußverkauf auszunutzen, ohne jedes Bekleidungsstück einzeln beantragen und die Notwendigkeit begründen zu müssen. Die Pauschale ist z.Zt. wie folgt nach Lebensalter gestaffelt:

Alter	Jahrespauschale DM
4 Monate bis 6. Lebensjahr	320
7. bis 10. Lebensjahr	360
ab 11. Lebensjahr	400

Sie wird in zwei Raten jeweils April und Oktober oder auf Wunsch für Januar und Juli (Schlußverkäufe) gezahlt. Durch diese Regelung ist der Arbeitsaufwand durch geringere Anzahl von Einzelanträgen und Vorsprachen in den Zweigstellen reduziert worden. Mit dem Hilfeempfänger kann auch eine andere Regelung vereinbart werden.

Zusätzlicher Bedarf wird in begründeten Einzelfällen durch Sonderzahlung bewilligt.

Im gleichen Zeitraum haben sich die Aufwendungen nach dem BSHG und der KOF wie folgt entwickelt:

	1986 DM	1987 DM	1988 DM
Reinausgaben	189.924.309	210.185.173	217.652.762
Reineinnahmen	52.176.958	62.696.125	58.016.824
Zuschußbedarf	137.747.351	147.489.048	159.636.938

Die Regelsätze in der Sozialhilfe sind im Berichtszeitraum 3 mal erhöht worden, und zwar für Alleinstehende und Haushaltsvorstände

Im Vergleich 1985 zu 1988 sind die Fälle der Hilfe zum Lebensunterhalt von 25.191 Personen auf 30.420 Personen = 20,8% gestiegen.

Dieser Zuwachs ist überwiegend auf die wachsende Arbeitslosigkeit zurückzuführen. Während Arbeitslosigkeit Ende 1985 mit 31,7 % die häufigste Ursache für den Bezug von Hilfe zum Lebensunterhalt war, betrug die Rate am 31.12.1988 = 41,2 %. Im gleichen Zeitraum hat sich der Anteil der Sozialrentner von 22 % auf 17,7 % verringert.

Im einzelnen stellt sich die Ursachenentwicklung im Berichtszeitraum wie folgt dar:

Berichtsjahr	Anteil der Arbeitslosen	Anteil der Sozialrentner
1986	(+ 6,05 %) 37,75 %	(- 3,28 %) 18,72 %
1987	(+ 2,82 %) 40,57 %	(- 0,56 %) 18,16 %
1988	(+ 0,62 %) 41,19 %	(- 0,5 %) 17,66 %

Die Gesamtzahl der Sozialhilfeempfänger einschl. Kriegsoferfürsorge ist im Berichtszeitraum wie folgt angestiegen:

1986 = 29.681 Personen, davon HzL 28.434 Personen
1987 = 30.529 Personen, davon HzL 29.189 Personen
1988 = 31.787 Personen, davon HzL 30.420 Personen

Die Fallzahlen in der Tbc-Hilfe und der Kriegsoferfürsorge haben sich im Berichtszeitraum wie folgt entwickelt:

	Kriegsoferfürsorge	Tbc-Hilfe *)
1986	1.010	141
1987	1.062	87
1988	990	-

*) Ab 01.01.1988 haben Tbc-Kranke keinen Anspruch mehr auf Sonderleistungen.

Entsprechend haben sich auch die Regelsätze für Angehörige erhöht. Die Krankenkostzulage ist ab 01.07.1986 ebenfalls angehoben worden:

Für Sonstige
von 54,- DM auf 57,- DM
für Diabetiker und HIV-Infizierte
von 78,- DM auf 82,- DM
für Krebskranke wie bisher 90,- DM.

Schuldnerberatung

Viele Düsseldorfer Bürger haben hohe private Schulden, die zu einem großen Teil Folgen der Arbeitslosigkeit sind. Es erwies sich daher als notwendig, durch qualifizierte Schuldnerberatung einen Weg aus der existenzbedrohenden Situation aufzuzeigen.

Zu diesem Zweck wurde eine Konzeption zur Schuldnerberatung erarbeitet. Danach beraten der Allgemeine Sozialdienst und der Hauswirtschaftliche Beratungsdienst der Stadt sowie bereits bestehende Stellen der Verbände der freien Wohlfahrtspflege. Zur Unterstützung der mit der Schuldnerberatung befaßten Institutionen wurde im März 1987 der Verein „Schuldnerhilfe Düsseldorf e.V.“ gegründet. Mitglieder sind Vertreter der Wohlfahrtsverbände, der Verbraucherzentrale, der Stadtsparkasse und der Stadtverwaltung.

Zweck des Vereins ist es, die Beratungsstellen in Düsseldorf zu koordinieren, den Erfahrungsaustausch zwischen den einzelnen Schuldnerberatungsstellen zu fördern und durch Bildung eines Entschuldungsfonds einzelnen Schuldnern finanzielle Hilfen zu bieten. Im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen des Arbeitsamtes wurden für 2 Jahre bis 30.09.1988 hierfür zwei Juristen beschäftigt.

Obdachlosenhilfe/Unterbringung von Aussiedlern und Asylbewerbern

Im Verwaltungsbericht der Jahre 1983 bis 1985 war einer der Schwerpunkte die Umwandlung von Notunterkünften für Obdachlose in Mietwohnungen. Eine solche Umwandlung erfolgte am 01.07.1986 mit dem Stadtwohnheim Erich-Müller/Melanchthonstraße, das in die Verwaltung der Stadt Wohnungsgesellschaft überging. Weitere Projekte sollen in den nächsten Jahren folgen.

Gegenüber den Vorjahren ist die Zahl der Obdachlosen im Berichtszeitraum angestiegen:

Von 630 Parteien mit 1.925 Personen am 01.07.1987 auf 780 Parteien mit 2.204 Personen am 31.12.1988.

Hier treffen gleich mehrere Faktoren aufeinander, und zwar eine Zunahme der Räumungsklagen und Zwangsräumungen bei gleichzeitig stark nachlassendem Angebot an preis-

wertem Wohnraum. Aus den nachfolgenden Zahlen ist auch ersichtlich, daß die Fluktuation in den Obdachlosen-Unterkünften merklich nachgelassen hat, jedoch bei den Zugängen mit einem deutlichen Plus bei den Parteien zu verzeichnen ist:

Abgänge 370 Parteien mit 969 Personen
Zugänge 498 Parteien mit 954 Personen

Dies zeigt, daß sich der Trend des Einzugs von Kleinpensonalhaushalten fortsetzt. Besonders deutlich wird die Situation bei Alleinstehenden. In der Unterkunft für alleinstehende Männer, Dorotheenstraße 85, betrug die Fluktuation bei einer Kapazität von 40 Plätzen im Berichtszeitraum 413 Auszüge zu 436 Zuzügen.

Nachdem sich in den vergangenen Jahren der Zuzug von Asylbewerbern verringert hatte, ist im Berichtszeitraum wieder eine erhebliche Steigerung eingetreten. Die Zahl der Asylbewerber erhöhte sich von 436 auf 1.720 Personen.

Die Fluktuation stellt sich wie folgt dar:

Abgänge 2.229 Personen
Zugänge 3.349 Personen.

Von den Zugängen wurden ab 01.10.1986 insgesamt 984 Personen zur Landesstelle für die Aufnahme ausländischer Flüchtlinge nach Unna-Massen weitergeleitet.

Im Berichtszeitraum hat sich die Zahl der Aussiedler drastisch erhöht, was an den nachstehenden Zahlen deutlich wird:

1986 = 688 Parteien mit 1.133 Personen
1987 = 1.053 Parteien mit 1.965 Personen
1988 = 1.725 Parteien mit 3.805 Personen

Durch den starken Zuzug von Aussiedlern nach Düsseldorf – im Jahr 1988 nahezu gleichviele wie in den vorangegangenen 3 Jahren zusammengenommen – hat sich die Unterbringungssituation mangels geeigneter Objekte drastisch verschärft. So mußten neben weiteren Übergangsheimen provisorisch 5 leerstehende Schulen zu Wohnzwecken hergerichtet und bis Ende 1988 = 5 Container-Wohnlager an verschiedenen Stellen im Stadtgebiet aufgestellt werden.

Die Fluktuation in den Jahren 1986 bis 1988 stellt sich wie folgt dar:

Abgänge 2.189 Parteien mit 4.047 Personen
Zugänge 3.245 Parteien mit 6.779 Personen.

Die Bemühungen, Aussiedler im Normalwohnbereich unterzubringen, sind durch die äußerst angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt kaum erfolgreich.

Hinzu kommt, daß die Aussiedler in der Altersstruktur immer jünger werden und der Anteil von Kindern und Jugendlichen relativ hoch ist.

Daraus ergeben sich Probleme im Schul- und Kindergartenbereich. Die Verwaltung entwickelt eine ämterübergreifende Konzeption, wozu auch entsprechende Angebote für die in Containern untergebrachten Kinder gehören. Die soziale Betreuung der Aussiedler wird durch viele Organisationen, Verbände der freien Wohlfahrtspflege, Kirchengemeinden und auch den Allgemeinen Sozialdienst und Jugendverbände sichergestellt, soweit das mit den vorhandenen Fachkräften möglich ist.

Sonstige Hilfen und Dienstleistungen

Betreuung von Besuchern aus der DDR, Berlin (Ost) sowie den ost- und südosteuropäischen Vertreibungsgebieten

Mit Wirkung vom 01.09.1987 wurde der Bundeszuschuß von 30,- DM auf 100,- DM erhöht, so daß für den Zeitraum 01.09. bis 31.12.1987 eine Bargeldhilfe von 120,- DM (Bundeszuschuß 100,- DM und städt. Zuschuß 20,- DM) je Besucher bei der ersten Einreise gezahlt wurde.

Besucher, die in der Zeit vom 01.01. bis 31.08.1987 bereits ein- oder mehrmals einreisten und bis Jahresende 1987 erneut zu Besuch waren, erhielten auf Antrag den entsprechenden Differenzbetrag zwischen altem und neuem Bundeszuschuß.

Mit Wirkung vom 01.01.1988 ist der städt. Zuschuß von 20,- DM entfallen. Im Berichtszeitraum waren folgende Gästezahlen zu verzeichnen:

1986 17.704 Personen
1987 24.811 Personen
1988 22.837 Personen.

Hilfe zur Arbeit für Sozialhilfeempfänger

Das Programm „Arbeit statt Sozialhilfe“ ist in den letzten Jahren weiterentwickelt worden. Die Stadt Düsseldorf übernimmt bei Wohlfahrtsverbänden, gemeinnützigen Vereinen und Initiativen sowie Kirchengemeinden die vollständigen Lohnkosten für die Dauer von 2 Jahren, wenn arbeitslose Düsseldorfer/innen eingestellt werden, die lfd. Sozialhilfe erhalten und keine Leistung des Arbeitsamtes beziehen.

Dieses Programm – seit 1988 umfaßt es noch 218 Stellen fast ausschließlich mit der Landesförderung – zahlt sich nach dem 3. Jahr, bei hoher Abbrecherquote (25 %) nach dem 4. Jahr für die Stadt aus, d.h., die stadt-eigenen Fördermittel je Arbeitsplatz werden bei einer Durchschnittsberechnung nach Ablauf der 2-jährigen Förderzeit in weiteren 1 – 2 Jahren an Sozialhilfe eingespart. Selbst die zusätzlichen Personalkosten für die Abwicklung des Programms, im wesentlichen aber für die begleitenden Hilfen (3 Sozialarbeiter-Stellen) amortisieren sich bei ca. 218 Beschäftigungsstellen.

Im Haushalt 1988 waren hierfür 7.000.000,- DM etatisiert.

Förderung von Initiativen/Vereinen u.a.

Die Initiativförderung, insbesondere im Arbeitslosenbereich, wurde weiter ausgebaut.

Die Förderung umfaßt grundsätzlich die Hilfeleistung im Rahmen von Beratung und Information als auch finanzielle Hilfen in der Regel in Form von projektbezogenen Personal- und Betriebskostenzuschüssen einschließlich unabdingbarer Beschaffungen im Einzelfall.

In bestimmten Einzelfällen werden auch Personalkosten für hauptamtliches Personal übernommen.

An Haushaltsmitteln für die Initiativförderung einschließlich Arbeitslosenzentrum der Wohlfahrtsverbände unter Federführung der Arbeiterwohlfahrt, wurden verausgabt

1986 391.030,- DM
1987 557.123,- DM
1988 630.784,- DM

Im Berichtszeitraum stellt sich die Entwicklung beim Düsseldorf-Paß wie folgt dar:

Jahr	Ausgabe insgesamt Stück	bei der Rheinbahn eingelöste Monatskarten	Aufwand 1) DM
1986	14.424	52.395	1.196.638,--
1987	14.140	70.102	1.596.059,--
1988 2)	22.934	39.369	781.764,--

1) Aufwand für die sonstigen Vergünstigungen belastet nicht den Etat des Sozialamtes

2) Änderung der Anspruchsvoraussetzungen.

Aussiedler und Flüchtlinge

Einweisungen nach Düsseldorf sind erfolgt aus:

	1986	1987	1988
Polen	862	1.531	3.008
Rumänien	91	80	92
Ungarn	8	4	1
CSSR	5	1	7
Jugoslawien	-	-	5
UDSSR	3	22	57
Bulgarien	-	-	-
DDR	271	193	276
insgesamt:	1.244	1.835	3.446

An Anträgen auf Ausstellung eines Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsausweises wurden abschließend bearbeitet:

Ausweisart	1986	1987	1988
A-B (für Heimatvertriebene und Vertriebene)	926	953	2.566
C (DDR)	185	42	42
insgesamt:	1.118	998	2.615

Düsseldorf-Paß

Vor dem Hintergrund der angespannten Finanzlage der Stadt, jedoch mit dem Wunsch, das Angebot aufrecht zu erhalten, ist der anspruchsberechtigte Personenkreis für den Düsseldorf-Paß mit Wirkung vom 01.01.1988 neu festgelegt worden. Danach erhalten den Düsseldorf-Paß

- Düsseldorfer Einwohner über 14 Jahre, die lfd. Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem BSHG beziehen.
- Bewohner von Düsseldorfer Alten- und Altenpflegeheimen, sofern die (restlichen) Heimpflegekosten aus Sozialhilfemitteln übernommen werden.

Damit ging auch die Bearbeitung der Anträge und Ausstellung der Pässe vom Amt für Wohnungswesen auf das Sozialamt über.

Inhaber dieses Ausweises erhalten weiterhin in den Bereichen Verkehr, Kultur, Freizeit und Bildung Sondertarife. Darüber hinaus bietet der Ausweis die Möglichkeit, die öffentlichen Nahverkehrsmittel im Stadtgebiet im Rahmen der 9.00 Uhr-Sparkarte zu einem wesentlich ermäßigten Preis zu benutzen.

Seit 1983 erhält die Stadt Düsseldorf keine Landeszuschüsse mehr für die Ausländerarbeit. Wie bereits im vorherigen Berichtszeitraum wurden die Aktivitäten der ausländischen Vereine und Verbände weiterhin durch städt. Mittel bezuschußt. Für Aktivitäten standen im Jahre

1986 156.000,- DM
1987 208.000,- DM
1988 146.000,- DM

zur Verfügung. Für Mietzuschüsse der Ausländervereine standen im Jahre 1986 und 1987 je 140.000,- DM und 1988 130.000,- DM zur Verfügung. 1986 stellte der Rat der Stadt Düsseldorf zusätzlich 40.000,- DM für die Durchführung der Aktion „Mach meinen Kumpel nicht an“ bereit.

Schwerpunkt der Ausländerarbeit im Berichtszeitraum war – wie auch in den Vorjahren – die soziale Integration der ausländischen Einwohner Düsseldorfs. Zur Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses wurde verstärkt Öffentlichkeitsarbeit betrieben.

Unter Federführung der Ausländerkoordination wurden unter Beteiligung ausländischer Gruppen und Einbindung der Ausländer in das Düsseldorfer Brauchtum eine Vielzahl von – zum Teil stadtteilbezogenen – Aktivitäten, Veranstaltungen und Veröffentlichungen durchgeführt bzw. die Teilnahme der ausländischen Mitbürger daran organisiert. Hier sind besonders zu nennen:

- Die Durchführung von Informationsveranstaltungen zur Ausländerpolitik, zum Ausländerrecht und zu Vorurteilen.
- Die Teilnahme am Tag der Heimat.
- Die Durchführung des seit 1987 jährlich stattfindenden „Internationalen Frauentreffs“ und die Öffentlichkeitsarbeit und Begleitung des jährlichen „Islamischen Opferfestes“.
- Insbesondere war die Ausländerkoordination an der Durchführung der marokkanischen und mazedonischen Kulturwoche beteiligt.
- Im Rahmen der Woche der ausländischen Mitbürger, die jährlich stattfindet, wurden im Berichtszeitraum erneut Kultur- und Informationsveranstaltungen durchgeführt.
- Im Rahmen der Aktion „Mach meinen Kumpel nicht an“ wurden unter Federführung der Ausländerkoordination eine Reihe von Aktivitäten, wie z.B. die Gestaltung von Plakatwänden, die Herausgabe eines eigenen Plakates, mehrere Einzelveranstaltungen sowie eine zentrale Abschlußveranstaltung durchgeführt.
- Seit 1988 laufen intensiv Vorbereitungen der Urwahl zu einem Ausländerbeirat.
- 1988 führte die Ausländerkoordination eine Aktionswoche mit 7 Einzelveranstaltungen zu ausländerrelevanten Themen durch.

Aus den o.a. Zahlenübersichten ist die enorme Steigerung der Zuweisungszahlen, insbesondere von 1987 zu 1988, ersichtlich, die bei den Ausweis-Anträgen aufgrund der nicht im gleichen Maße Schritt gehaltenen Personalaufstockung zu erheblichen Bearbeitungsrückständen geführt hat.

Ausländerangelegenheiten

Der Anteil der ausländischen Bevölkerung ist im Berichtszeitraum wieder leicht angestiegen. Vermutlich hängt dies auch mit der Beendigung des Rückkehrhilfeprogramms der Bundesregierung zusammen, aufgrund dessen in den Jahren 1983 bis 1985 ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen war.

Somit betrug der Prozentsatz der ausländischen Bevölkerung an der Gesamteinwohnerzahl im Jahr

1986 12,7 %
1987 13,2 %
1988 13,8 %

– Auf Initiative der Ausländerkoordination erfolgte die Herausgabe einer vom Gesundheitsamt entwickelten AIDS-Broschüre in 13 Sprachen und die Herausgabe einer Sozialhilfebroschüre in 7 Sprachen.

Neben diesen Einzelaktivitäten erhielt die Beratung hilfesuchender Ausländer durch die Ausländerkoordination im Laufe der letzten Jahre einen besonders hohen Stellenwert. Die Begleitung und inhaltliche Anregung der Arbeit der Ausländervereine und der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft sowie deren Arbeitskreise wurde intensiviert.

Behindertenangelegenheiten

Mit Beginn des Jahres 1988 wurde für die Inanspruchnahme des Behindertenfahrdienstes auf Kosten der Stadt eine Einkommensgrenze nach § 81 Abs.1 BSHG und eine Vermögensgrenze nach § 88 BSHG eingeführt. Dies hatte auch Auswirkungen auf die Berechtigtenzahl, die sich im Berichtszeitraum wie folgt entwickelt hat:

1986: 1.314 Personen
1987: 1.219 Personen
1988: 822 Personen

Das Angebot im Rahmen des Behindertenfahrdienstes mit bis zu 8 Fahrten monatlich hat sich nicht geändert.

Die Werkstatt für angepasste Arbeit (WfA) verfügt nunmehr über 3 Geschäfte im Stadtgebiet, in denen Erzeugnisse der Behindertenwerkstätten verkauft werden. Zuletzt wurde in zentraler Lage der Düsseldorfer Altstadt ein Laden eingerichtet.

Im Jahre 1987 erwarb man die Ausstattung einer Kerzenfabrik und die erste Gruppe behinderter Mitarbeiter konnte im März 1988 in den Räumen Weinheimer Straße beschäftigt werden.

Die Pflege des Südparks – ehemaliges Gelände der Bundesgartenschau – wurde im Laufe des Jahres 1988 durch die Werkstatt für angepasste Arbeit übernommen, wobei im Bereich der Garten- und Tierpflege inzwischen über 100 Arbeitsplätze für Behinderte eingerichtet werden konnten.

Die 1985 eröffnete Werkstatt in Düsseldorf-Heerdt brannte im November 1988 vollständig ab. Die rd. 120 Mitarbeiter wurden in den bestehenden anderen Reha-Einrichtungen weiterbeschäftigt. Ein Wiederaufbau der Werkstatt an gleicher Stelle ist geplant.

Im Jahre 1988 wurde in Trägerschaft des Johanniter Sozialdienstes eine Wohngemeinschaft für jüngere Körperbehinderte in der Knechtstedenstraße eingerichtet.

Im September 1986 wurde die einmal wöchentlich angebotene Beratung für Behin-

derte von der Kasernenstraße in die Räume der Fürsorgestelle für Schwerbehinderte im Wilhelm-Marx-Haus verlegt.

Im Berichtszeitraum wurde die Beratungsstelle wie folgt in Anspruch genommen:

1986 an 44 Beratungstagen insgesamt 355 Besucher
1987 an 45 Beratungstagen insgesamt 291 Besucher
1988 an 47 Beratungstagen insgesamt 340 Besucher.

Im Berichtszeitraum fanden zwei Ereignisse statt, die aus der Sicht der Behindertenkoordination besonders erwähnenswert sind. Einmal die REHA '87, auf der mit einem eigenen Beratungsstand die speziellen Angebote für Behinderte in Düsseldorf dargestellt wurden.

Zum anderen die Bundesgartenschau im Jahre 1987, auf der in Zusammenarbeit mit der Buga-Geschäftsführung und verschiedenen Hilfsorganisationen ein Service-Angebot

Im Rahmen der übertragenen Aufgaben nach dem Schwerbehindertengesetz hat sich im Berichtszeitraum die Anzahl der bearbeiteten Anträge sowie die gewährten Leistungen wie folgt entwickelt:

Bearbeitung von Anträgen im Kündigungsschutzverfahren	1986	1987	1988
a) ordentliche Kündigung	205	196	172
b) außerordentliche Kündigung	35	28	38
c) nachgehende Hilfen durch Betriebsbesuche	715	695	598

Aus Mitteln der Ausgleichsabgabe wurden folgende Bewilligungen ausgesprochen:

1986 in 204 Fällen 939.728,- DM
1987 in 207 Fällen 902.250,- DM
1988 in 209 Fällen 1.080.701,- DM

Hinzu kommen jeweils unmittelbare Leistungen der Hauptfürsorgestelle beim Landschaftsverband Rheinland.

Sprachbehindertenhilfe

Im Berichtszeitraum lagen die Schwerpunkte bei den Hilfen für sprachgestörte Kinder im Kindergartenalter und im Bereich der Beratung. Zum Ende des Jahres 1988 bestanden insgesamt 35 Sprachheilambulanzen, davon 14 Normalambulanzen, 21 Spezialambulanzen.

Aus Anlaß des 100jährigen Jubiläums der städt. Hilfen für Sprachbehinderte fand am 30. und 31.05.1988 eine Festveranstaltung mit Fachvorträgen im Weiterbildungszentrum am Hauptbahnhof statt.

Offene Altenhilfe

Im Berichtszeitraum stieg der Anteil der älteren Bürger, die 60 Jahre und älter sind, von

für Behinderte durchgeführt worden ist. Aber auch schon im Vorfeld erfolgte mit den Buga-Planern eine behindertengerechte Gestaltung des Geländes und der Bauten.

Nachstehende Veröffentlichungen wurden im Berichtszeitraum herausgegeben:

- Die Neuauflage des Wegweisers für Sprach- und Stimmgestörte
- Broschüre „Integriert arbeitender Sprachheilkindergarten“
- Informationsblatt „Schule für Sprachbehinderte“ und Einrichtungen für Sprach- und Stimmgestörte
- Faltblatt „Mit dem Rollstuhl unterwegs in Düsseldorf“
- Broschüre „Rat und Tat und Tips – wo finden Behinderte in Düsseldorf Hilfe“ (überarbeitete Neuauflage)
- Stadtinformation für Blinde auf Tonbandcassetten
- Festschrift „100 Jahre städt. Hilfen für Sprachbehinderte“

22,86 % auf 22,98 % an. Dies sind bei einer Gesamtbevölkerung von 579.640 Einwohnern in Düsseldorf 133.219 60jährige und ältere Mitbürger in Düsseldorf am 31.12.1988.

Die Anzahl der durch den Ausschuß für Gesundheit und Soziales anerkannten Altenklubs ist im Berichtszeitraum von ehemals 52 auf 47 zurückgegangen. Gemäß den Richtlinien zur Förderung von Altenklubs in der Fassung vom 12.05.1976 erfolgte eine Förderung, deren Summe 1988 insgesamt 151.999,- DM betrug. Neben diesen bestehenden Altenklubs schließen sich vermehrt Senioren mit gleichen Interessen zusammen. Eine Festschreibung als Altenklub wird von diesen Gruppen jedoch nicht angestrebt. Hinzuzufügen ist, daß eine Überarbeitung der Förderrichtlinien für 1989 vorgesehen ist.

Die Zahl der Altentagesstätten in Düsseldorf blieb in den Jahren 1986 bis 1988 konstant. Eine der 33 Altentagesstätten ist in städt. Trägerschaft. Die Förderrichtlinien für Altentagesstätten wurden im Jahre 1987 überarbeitet und von den politischen Gremien beschlossen.

Die Versorgungsangebote im ambulanten Bereich wurden in Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden weiterentwickelt. In Düsseldorf existieren 16 Sozialstationen in

Verbandsträgerschaft. Neben den anerkannten Sozialstationen der Verbände sind in den Jahren 1986 bis 1988 vermehrt private Anbieter im Bereich der häuslichen Kranken- und Altenpflege tätig, die über die Arbeitsgemeinschaft der Krankenkassen die Zulassung zur häuslichen Krankenpflege erhalten haben.

Zu erwähnen ist, daß in den Jahren 1987 und 1988 durch die Geschäftsführung des Seniorenbeirates beim Sachgebiet Altenhilfe die Vorbereitung der für 1989 geplanten Neuwahl des Seniorenbeirates lag.

Darüber hinaus wurden im Berichtszeitraum Großveranstaltungen für Senioren in Düsseldorf angeboten. Dazu zählen u. a.

- Seniorentanztees
- Konzerte
- Sportveranstaltungen
- Wandertage
- Ausstellungen
- Veranstaltungen im Rahmen der Verkehrsaufklärung

Durchgeführt wurden auch wieder Fortbildungsangebote für die Leiterinnen und Leiter der Altentagesstätten und Altenklubs.

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit ist 1988 ein neues beschreibendes Heimverzeichnis über die Alten- und Altenkrankenhäuser in Düsseldorf vom Sachgebiet Altenhilfe erstellt und herausgegeben worden.

Heimaufsicht – Platzangebot

Die Gesamtsituation der Einrichtungen der geschlossenen Altenhilfe in Düsseldorf stellt sich für 1988 wie folgt dar:

	1988
Anzahl der Einrichtungen	54
Anzahl Altenwohnheimplätze	484
Anzahl Altenheimplätze	1830
Anzahl Altenkrankenheimbetten	2526
Anzahl Wohnheimplätze für volljährige Behinderte	329
Plätze insgesamt	5169

Städt. Alten- und Altenkrankenhäuser

Da nach dem BSHG der ambulanten Hilfe Vorrang eingeräumt wird, kommen die alten Menschen in der Regel erst dann in den Heimbereich, wenn alle anderen Möglichkeiten vorher ausgeschöpft worden sind oder sich als unzweckmäßig herausstellen. Daraus resultiert ein Durchschnittsalter der hier verweilenden Pflegebedürftigen zum Zeitpunkt der Heimaufnahme von fast 83 Jahren. Mehr als 90 % aller Neuaufnahmen kommen unmittelbar als schwere und schwerste Pflegefälle aus Krankenhäusern. Das Durchschnittsalter der Heimbewohner in den städt. Pflegeheimen liegt derzeit bei 85,6 Jahren. Im Jahre 1988 konnte die räumliche Situation der an die Städt. Altenheimstatt Flehe angegliederten staatlich anerkannten Schule für Krankenpflegehilfe einschließlich Mobiliar und Sachausstattung deutlich verbessert werden. Mit dazu beigetragen hat eine zweckgebundene Spende in Höhe von 50.000,- DM der Samuel-Stiftung. Einbezogen in diese Maßnahme wurden Überlegungen der Sozialverwaltung, auch ein eigenes Fachseminar für Altenpflege in kommunaler Trägerschaft einzurichten. Dieses Vorhaben ist ein wesentlicher Baustein des im parlamentarischen Bereich beschlossenen Konzeptes zur Neuorganisation der kommunalen Altenhilfe in Düsseldorf und zur Anwerbung qualifizierten Personals.

Seit Herbst 1988 ist begonnen worden, den Verwaltungsbereich durch die Datenverarbeitung intensiv zu unterstützen.

Bedingt durch die zunehmende Zahl von Rollstuhlfahrern wurden im Heimbereich folgende Verbesserungen geschaffen:

- Austausch von Pendeltüranlagen durch Automatiktüren
- Anschaffung eines behindertengerechten Fahrzeuges mit Hebebühne

Am 31.12.1988 verfügten die Städt. Alten- und Altenkrankenhäuser über folgende Heimplätze:

- Flehe
509 Betten, davon 75 Betten im Altenheimbereich
- Gallberg
228 Betten, davon 63 Betten für geronto-psychiatrische Betreuung
- Benrath
61 Betten

Hinzu kommen 49 Apartments im Bereich des Altenwohnheimes Gallberg, Blanckertzstraße 10 sowie 59 altersgerechte Wohneinheiten in der Chlodwigstraße 94 und 90 Wohneinheiten im Altenwohnhaus Blanckertzstraße 26.

Im Berichtszeitraum sind den 3 Städt. Einrichtungen zahlreiche Spendenmittel zugeflossen. So z. B.:

- 470.000,- DM
von der Ernst und Berta Grimmke-Stiftung
- 150.000,- DM
von der Samuel-Stiftung
- 6.500,- DM
von der Heinrich-Küppers-Stiftung.

Amt 51 – Jugendamt

Amtsleiter: Richard Isselhorst

Am 10.03.1988 wurde der bisherige Amtsleiter, Herr Paul Saatkamp, zum Sozialdezernenten ernannt. Mit Wirkung vom 01.09.1988 trat Herr Richard Isselhorst dessen Nachfolge als Leiter des Jugendamtes an.

Nach wie vor liegt einer der Schwerpunkte der Arbeit des Jugendamtes in der Verbesserung der Situation arbeitsloser junger Menschen. Im März 1985 wurde eine Ausbildungsküche mit 16 Plätzen für auszubildende Köchinnen und Köche eingerichtet. Mit einem Ausbildungsrestaurant für 12 auszubildende Fachgehilfinnen und Fachgehilfen im Gastgewerbe wurde ab September 1986 ein weiteres Aus-

bildungsprojekt für schwervermittelbare arbeitslose Jugendliche ins Leben gerufen. Beide Ausbildungsbetriebe befinden sich auf dem Gelände des städtischen Kinderhilfeszentrums in der Eulerstraße 46.

Abnehmer der Dienstleistungen der Ausbildungsküche sind vordringlich soziale Einrichtungen in Düsseldorf. Das Ausbildungsrestaurant, das über 60 Plätze für Gäste verfügt, steht auch für Veranstaltungen der Stadt Düsseldorf, soweit sie einem sozialen Zweck dienen, zur Verfügung.

Für Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit hat der Rat der Stadt auch im Berichts-

zeitraum erhebliche Finanzmittel bereitgestellt. Sie betragen einschließlich der Zuschüsse für die Projekte der freien Träger der Jugendhilfe

1986	4.469.708,00 DM
1987	6.425.042,00 DM
1988	6.851.169,00 DM.

Als Mangel des seit etwa 10 Jahren bestehenden Düsseldorfer Verbundsystems zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, in dem durch das Zusammenwirken der verschiedenen Maßnahmenträger eine Vielzahl schwervermittelbarer arbeitsloser junger

Menschen für das Berufsleben vorbereitet, qualifiziert und ausgebildet wird, stellte sich mehr und mehr heraus, daß die notwendigen Folgemaßnahmen fehlen und die Teilnehmer trotz Arbeitsbereitschaft schon in jungen Jahren zu Sozialhilfeempfängern werden. Das veranlaßte den Rat der Stadt, am 13.12.1984 die Verwaltung zu beauftragen, gemeinsam mit gemeinnützigen Trägern Vorschläge zur Organisation der Arbeit im Rahmen eines Beschäftigungsprogramms für arbeitslose junge Menschen zu entwickeln. In Erfüllung dieses Auftrags hat das Jugendamt in Zusammenarbeit mit den klassischen freien Trägern der Jugendhilfe und unter Beteiligung des Jugendwohlfahrtsausschusses ein Konzept zur Gründung einer Zukunftswerkstatt gGmbH erarbeitet, das Ende 1988 beschlußreif war.

Ein weiterer Schwerpunkt in der Arbeit des Jugendamtes waren im Berichtszeitraum die Bemühungen zur Verbesserung der Versorgung mit Kindergartenplätzen. Die Zahl der noch benötigten Plätze in diesen Einrichtungen ist erneut gestiegen und lag Ende 1988 bei etwa 3.000. Aus finanziellen Erwägungen, aber auch deshalb, weil durch Neubau von Tageseinrichtungen für Kinder kurzfristige Lösungen nicht zu erreichen sind, wurde verstärkt versucht, vorhandene geeignete Objekte entsprechend zu nutzen und Investoren zu finden, die bereit sind, in Fertigbauweise oder im Zusammenhang mit der Errichtung von Bauwerken derartige Einrichtungen zu schaffen. Wenn auch die Bemühungen nicht immer erfolgreich waren, werden sie dennoch weiter intensiviert.

Zur Verbesserung der Lebenssituation ausländischer Kinder und Jugendlicher wurden in den Stadtteilen Heerdt und Pempelfort zwei weitere Projekte mit dem Ziel einer speziellen integrativen Jugendhilfe auf der Grundlage einer ganzheitlichen Familienbetreuung eingerichtet. Sie befinden sich in der Schiess-Straße 21 und der Schirmerstraße 32.

Mit der Einrichtung in der Breslauer Straße 23 verfügt das Jugendamt damit über 3 Projekte, die nicht nur spezielle integrative Freizeitangebote für ausländische Kinder und Jugendliche machen, sondern darüber hinaus auch Sozialberatung für ausländische Familien anbieten.

Das Sachgebiet „Öffentlichkeitsarbeit und Sonderaufgaben“ wurde 1988 mit der Koordination der Öffentlichkeitsarbeit für die Ämter des Sozialdezernats betraut. Die bis dahin dort bearbeiteten Angelegenheiten der Schulsozialarbeit wurden der Abteilung „Besonderer Sozialdienst“ zugeordnet.

Anlässlich des 40-jährigen Jubiläums des Landes NW hat das Jugendamt im Juli 1986 einen Fachkongreß Jugendhilfe veranstaltet, zu dem die Jugendämter des Landes eingeladen worden waren. Die Veranstaltung, die in dieser Form erstmalig stattfand, diente der fachlichen Information und dem gedanklichen Austausch aktueller Fragen und Probleme der

Jugendhilfe. 42 Einzelveranstaltungen innerhalb einer Woche wurden von 500 Teilnehmern aus örtlichen Jugendämtern, Landesjugendämtern und Ministerien besucht.

Für die 1979 ins Leben gerufene und vom Jugendamt organisierte Aktion „Düsseldorfer helfen Kindern der Dritten Welt“ konnten im Berichtszeitraum insgesamt 440.000,00 DM an Spenden zusammengetragen werden, die Entwicklungsprojekten in Südamerika, Afrika und Asien zugeflossen sind.

Hilfen für behinderte Kinder und Jugendliche

Die Erkenntnis, daß neben den schwerst körper- und mehrfachbehinderten Kindern eine Vielzahl von als unauffällig geltenden Kindern erhebliche Schwierigkeiten in der Gemeinschaft haben, veranlaßte das Förderungszentrum für körperbehinderte Kinder, sich in den vergangenen drei Jahren verstärkt diesem Problembereich zuzuwenden. Neben der Motopädagogik und der Wahrnehmungsschulung wurden weitere spezielle Betreuungsmethoden wie die sensorische Integration nach Jean Ayres angeboten, um den Bedürfnissen dieser Kinder besser gerecht werden zu können. Als Konsequenz der verbesserten Diagnostik organischer Defizite wurde eine weitere Psychologin auf Honorarbasis eingestellt. Besonderen Anklang haben die 1986 gegründeten Eltern-Kind-Gruppen gefunden, in denen unter der Leitung von Heilpädagogen, Sozialarbeitern und Therapeuten sehr erfolgreich das Miteinander aller Betroffenen und Beteiligten in der Betreuung behinderter Kinder praktiziert wird.

Die Zusammenarbeit des Förderungszentrums mit anderen Trägern der Behindertenhilfe wurde in den letzten drei Jahren erheblich intensiviert. Die offenen Fortbildungsangebote der städtischen Einrichtung zum Thema Diagnostik und Therapie behinderter Kinder finden großen Zuspruch auch bei freipraktizierenden Fachkräften und heilpädagogischen Institutionen.

Im Aufgabenbereich der Koordination der Behindertenhilfe wurde 1987 das Angebot der Zusammenarbeit bei der „außerschulischen Förderung geistig behinderter Kinder“ auf alle drei städtischen Schulen für Geistigbehinderte ausgedehnt. Im Herbst 1988 wurde gemeinsam mit einer Fachschule für Sozialpädagogik und einer Schule für Geistigbehinderte ein Kleingruppenprojekt ins Leben gerufen, dessen Aufgabenstellung die Vermittlung von Möglichkeiten der Freizeitgestaltung ist, welche nach entsprechendem Training selbständig wahrgenommen werden können.

Im Juli 1988 wurde in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft der Behindertenvereine der Aktionstag „Kinder haben Vorfahrt“

zum Verkehrsverhalten kleiner Kinder durchgeführt.

Auch in den vergangenen Jahren hat die Behindertenkoordination gemeinsam mit den zuständigen Fachämtern verschiedene Veröffentlichungen für behinderte Bürger herausgegeben.

Kindergartenangelegenheiten

Während Ende des Jahres 1985 die Versorgungsquote bei den Plätzen in Tageseinrichtungen für Kinder noch bei ca. 83 % aller Düsseldorfer Kinder im Kindergartenalter lag, ist sie bis 1988 auf rund 78 % zurückgegangen. Begründet ist diese Entwicklung damit, daß die Zahl der Kinder im Alter von 3 bis 6 Jahren im Berichtszeitraum effektiv gestiegen ist, zumal bis Ende 1988 rund 300 Aussiedlerkinder im Kindergartenalter zugezogen sind. Hinzu kommt aber auch, daß inzwischen für jedes in Düsseldorf lebende Kind in diesem Alter ein Kindergartenplatz gefordert wird. Trotz vielfältiger Bemühungen seitens des Jugendamtes, aber auch der freien Kindergartenträger ist es bisher nicht gelungen, diesen Fehlbedarf auch nur annähernd abzubauen. Durch Umwidmung nicht mehr benötigter Schulräume, durch die Schaffung von Einrichtungen in Fertigbauweise und durch die Einschaltung von Investoren wurde versucht, diesem Mangel möglichst kurzfristig abzuhelpfen. Das Ziel, geeignete Wohnungen oder Einfamilienhäuser anzumieten, um sie entsprechend ausbauen zu können, hat sich in den letzten Jahren wegen der erforderlichen, nicht aber erteilten Zustimmung von Nachbarn als wenig erfolgreich gezeigt.

Auch der Bedarf an Plätzen für unter 3-jährige Kinder ist im Berichtszeitraum gestiegen. Diese Tatsache ist auch darin begründet, daß die Zahl der alleinerziehenden Mütter und Väter, die wegen Berufstätigkeit gezwungen sind, ihre Kinder anderweitig unterzubringen, inzwischen auf 20 % aller Haushalte mit Kindern angewachsen ist. Auch hier war es, abgesehen von einigen wenigen Projekten, in den vergangenen drei Jahren nicht möglich, eine merkliche Verbesserung der Situation zu erreichen.

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt und die gesellschaftliche Entwicklung hat zur Folge, daß viele Mütter den Wunsch haben, wieder in ihre Erwerbstätigkeit zurückzukehren, sobald ihre Kinder das Kindergartenalter erreicht haben oder spätestens, wenn sie eingeschult werden. Die Konsequenz ist, daß nicht nur Kindergartenplätze erforderlich werden, sondern daß auch bei der Einschulung Hortplätze mit Schulaufgabenbetreuung zur Verfügung gestellt werden. Diesem im Berichtszeitraum erheblich angestiegenen Bedarf konnte ebenfalls bisher nicht entsprochen werden.

Um dem Mangel an Plätzen in Kindergärten und Horten wenigstens in Zukunft abhelfen zu

können, wurde im Berichtszeitraum die konkrete Planung von 26 neuen bzw. Erweiterung von vorhandenen Einrichtungen in Angriff genommen.

Jugendförderung

Im Sommer 1986 wurde in Containerbauweise die Jugendfreizeiteinrichtung Froschkönigsweg als Interimslösung für das geplante Jugendzentrum in Flingern eröffnet. Im Rahmen der Brachflächengestaltung entstand in Garath eine Bürgerwiese und in Lichtenbroich ein Fahrradspielplatz. Auf Initiative einer Schulklasse wurde im Berichtszeitraum die Planung einer Skateboard-Anlage auf dem Gustaf-Gründgens-Platz begonnen und abgeschlossen. Der Baubeginn dieser Bahn steht unmittelbar bevor.

Als Folge aus den Untersuchungen zu dem vom Jugendamt Ende 1985 dem Jugendwohlfahrtsausschuß vorgelegten Frauenbericht wurde 1986 mit der Intensivierung und Qualifizierung der Mädchenarbeit in Jugendfreizeiteinrichtungen begonnen. Neben der konzeptionellen Verarbeitung einer gemeinsam mit dem Institut für Soziale Arbeit durchgeführten Untersuchung wurden zwei Jugendfreizeiteinrichtungen Mädchengerecht umgebaut und atmosphärisch verändert. Die Angebote wurden entsprechend den gewonnenen Erkenntnissen umgestaltet und erweitert.

Durch die Ausweitung der Immunschwäche „AIDS“ stellte sich für die Arbeit im Jugendschutz die Frage nach notwendigen und möglichen Präventivmaßnahmen für Kinder und Jugendliche. Neben umfangreicher Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit wurde eine Arbeitshilfe für die Betreuungsarbeit mit Kindern und Jugendlichen in den Einrichtungen der Jugendförderung entwickelt.

Im Sommer 1988 wurde die bis dahin von einem freien Träger geführte Freizeiteinrichtung für Kinder an der Burscheider Straße vom Jugendamt übernommen. Im gleichen Jahr wurde die städtische Jugendfreizeiteinrichtung an der Breslauer Straße aufgegeben.

Am Ende des Jahres 1986 wurden folgende Einrichtungen der Jugendförderung betrieben:

- 6 Heime der Ganz-Offenen-Tür
- 8 Heime der Kleinen-Offenen-Tür
- 16 sonstige Jugendfreizeiteinrichtungen
- 1 Kinderspielhaus
- 4 Bürgerhäuser
- 3 Abenteuerspielplätze

Zur Bundesgartenschau 1987 plante und organisierte die Abteilung Jugendförderung ein kontinuierliches Kinderprogramm auf dem Ausstellungsgelände. Vordringliches Ziel der Aktivitäten und Veranstaltungen war es auch, die Kinder aus der mit Spielmöglichkeiten unterversorgten Nachbarschaft des

Geländes auf die vielfältigen Spielmöglichkeiten aufmerksam zu machen und sie zu motivieren, auch nach Abschluß der Bundesgartenschau den Südpark zu nutzen und verantwortlich mit ihm umzugehen.

Amtsvormundschaft und -pflugschaft

Im Bereich der Amtsvormundschaft war im Berichtszeitraum ein erheblicher Rückgang der Zahl der nichtehelichen Geburten bei Minderjährigen festzustellen. Der Umfang der Bestellungen des Jugendamtes zum Vormund oder Pfleger für eheliche Kinder insbesondere aus Problemfamilien nahm dagegen zu. Diese Entwicklung wirkte sich nicht unwesentlich auf die Arbeit der Fachkräfte aus, die neben der rechtlichen Vertretung des Kindes und seiner Betreuung sich verstärkt veranlaßt sahen, intensive Elternarbeit und -beratung unter Berücksichtigung der gesamtfamiliären Situation anzubieten. Merklich gestiegen ist in diesem Aufgabenbereich auch die Zahl der Ehelichkeitsanfechtungsverfahren.

Als Auswirkung einer durchgeführten Organisationsuntersuchung kam es zu Beginn des Jahres 1986 im Sachgebiet „Amtspflegschaft für Minderjährige“ zur Streichung von drei Planstellen und damit zu einer Neuverteilung und Erhöhung der von den einzelnen Fachkräften zu bearbeitenden Fälle. Bis zum Ende des Berichtszeitraums nahm dann die Zahl der beim Jugendamt geführten Amtspflegschaften und Beistandschaften weiter zu. Die Zunahme zahlungsunfähiger Langzeitarbeitsloser mit den hieraus folgenden Anträgen auf Herabsetzung der Unterhaltsverpflichtung ließ in den vergangenen drei Jahren ebenso wie die steigende Zahl von Problemfällen bei den Aussiedlern, den Arbeitsanfall nicht unerheblich anwachsen. Gestiegen ist auch die Summe der Anträge auf Leistungen nach dem Gesetz zur Sicherung des Unterhalts von Kindern durch Unterhaltsvorschüsse oder -ausfälleistungen (UVG). Ende 1988 hatte die Zahlstelle der Fachabteilung ca. 2.700 laufende Fälle zu bearbeiten. Die Ausgaben, die je zur Hälfte von Bund und Land getragen werden, beliefen sich auf:

2.495.204,00 DM	1986
2.557.414,00 DM	1987
2.649.155,00 DM	1988

Mitte 1987 erhielt die Zahlstelle eine Computer-Dialog-Anlage mit drei Bildschirmarbeitsplätzen. Durch die Einführung einer Soll-Ist-Rechnung konnte auch das Mahnwesen automatisiert werden.

Auch die Zahl der Anträge auf Einleitung vorläufiger Vormundschaften bzw. Pflegschaften für Erwachsene hat im Berichtszeitraum weiter zugenommen. Ende 1988 wurden in Düsseldorf insgesamt 3.159 Vormundschaften und Pflegschaften geführt, von denen 1.485 von den Wohlfahrtsverbänden und dem Jugendamt übernommen wurden. Die

übrigen Fälle werden von Einzelpersonen geführt.

Die in der Trägerschaft des Jugendamtes stehende Wohngemeinschaft für unter Amtsvormundschaft und -pflugschaft stehende Erwachsene in der Norderneystraße 21 mußte 1986 aufgegeben werden, da das Haus abgerissen wurde. Eine adäquate Nachfolgeeinrichtung konnte im Berichtszeitraum nicht gefunden werden.

Soziale Dienste

Die Lebenssituation vieler Düsseldorfer Familien wird nach wie vor von wirtschaftlichen Schwierigkeiten, insbesondere als Folge von Arbeitslosigkeit, belastet. Seit 1987 traten aber auch in zunehmendem Maße Wohnprobleme zutage. Auch die Reform des Ehescheidungsrechts und die gesetzliche Neuregelung der elterlichen Sorge beeinflussten die Tätigkeit des Allgemeinen Sozialdienstes des Jugendamtes. Durch neue Methoden der Sozialarbeit konnte die Behandlung von Familienkonflikten verbessert werden, und es wurde verstärkt versucht, die betroffenen Familien durch besondere Beratung zu befähigen, aufgetretene zwischenmenschliche und persönliche Schwierigkeiten zu überwinden. Um das Abgleiten in die Obdachlosigkeit zu verhindern, wurden insbesondere die Wohn- und Obdachlosenhilfen intensiviert. Obdachlose wurden so weit es möglich war in den Normalwohnbereich eingegliedert, bzw. es wurden ihnen zusätzliche Hilfen angeboten, um ihre Lebensverhältnisse innerhalb der Obdachlosenunterkünfte zu festigen und zu verbessern.

Die sozialpädagogische Familienhilfe hat weiterhin an Umfang und Bedeutung zugenommen, und sie ist als wichtiges Betreuungsangebot im Rahmen der Jugendhilfe nicht mehr wegzudenken.

Die Eingliederung insbesondere der im Jahre 1988 erheblich angewachsenen Zahl von Aussiedlerfamilien erfordern in zunehmendem Maße den vollen Einsatz der Sozialfachkräfte, zumal auch vermehrt „Problemfamilien“ sich in Düsseldorf ansiedeln. Die Zahl von 1.183 Minderjährigen, die Ende 1988 in den Übergangsheimen lebten, verdeutlicht die Situation. Besonders problematisch für sie ist, daß sie Schwierigkeiten haben, sich den neuen Lebensraum zu erschließen. Sie bedürfen deshalb verstärkt der Hilfe und Betreuung durch die Fachkräfte des Allgemeinen Sozialdienstes. Auch ihre Eltern benötigen besonders in Erziehungsfragen einer intensiven Beratung.

Ein weiterer Schwerpunkt in der Arbeit des Allgemeinen Sozialdienstes war in den vergangenen drei Jahren die Stadtteilarbeit. Vor dem Hintergrund des Wissens, daß die vor Ort tätigen Sozialfachkräfte besondere Kenntnisse über die Probleme ihres Stadtteils haben, wurde – soweit dies personell leistbar war –

versucht, die vorhandenen Hilfen zu koordinieren und neue anzuregen. In diesem Zusammenhang wurde auch im September 1986 das „Projekt Erkrather Straße“ geschaffen. Durch die ständige Präsenz der Sozialfachkräfte des Allgemeinen Sozialdienstes in der im Hause Erkrather Straße 330 untergebrachten Nebenstelle, durch eine bedarfsangepasste Veränderung und Erweiterung der Hilfsangebote konnten bis zum Ende des Berichtszeitraums in diesem Wohnbereich, der durch einen Ausländeranteil von 80 %, durch hohe Arbeitslosenquote verbunden mit vielfältigen sozialen Benachteiligungen sowie mehrfachen Eigentümerwechsel gekennzeichnet ist, zumindest punktuell erste Erfolge zur Verbesserung der Verhältnisse erreicht werden. Im Frühjahr 1987 und Anfang 1988 wurden zur Intensivierung der Betreuungsarbeit, insbesondere für Kinder und Jugendliche, zusätzliche Guppenräume in zwei Nachbarhäusern angemietet.

Wie auch im vorherigen Berichtszeitraum lag ein wesentlicher Schwerpunkt der Abteilung „Besonderer Sozialdienst“ in den Jahren 1986 bis 1988 in den Bemühungen zur Verbesserung der Situation arbeitsloser junger Menschen. Die Sonderausbildung für schulisch und sozial benachteiligte Jugendliche wurde weiter verstärkt. Nach Abschluß dieser außerbetrieblichen Berufsausbildung in Projekten des Jugendamtes konnten im Berichtszeitraum 24 junge Menschen erfolgreich eine Lehrabschlussprüfung ablegen. Dieses Ergebnis ist bemerkenswert, da es sich bei diesen Jugendlichen in der Regel um Sonderschüler und Hauptschüler ohne bzw. mit schlechtem oder nachträglich erworbenem Hauptschulabschluß handelte. Sie hatten teilweise etliche „Warteschleifen“, Zeiten der Arbeitslosigkeit, Ausbildungsabbrüche oder vergebliche Bewerbungsversuche auf dem freien Ausbildungsmarkt hinter sich.

Im März 1988 wurden die Sachgebiete „Pflegekinderdienst und Adoptionsvermittlung“ sowie „Erziehungshilfe in Einrichtungen“ umorganisiert und zu einem Sachgebiet „Erziehung außerhalb der Herkunftsfamilie/Fremdplatzierung“ zusammengelegt.

Wirtschaftliche Erziehungshilfe

Die Zahl der Minderjährigen und jungen Volljährigen, die in fremden Familien oder bei Verwandten leben und für die nach den Bestimmungen des Jugendwohlfahrtsgesetzes und des Bundessozialhilfegesetzes wirtschaftliche Hilfen zu leisten sind, ging gegenüber dem Stand vom 31.12.1985 um weitere 54 zurück. Sie lag am Ende des Berichtszeitraums bei 657 Fällen. Im Bereich der Hilfen für Minderjährige und junge Volljährige in Heimen hat sich die Zahl ebenfalls leicht reduziert. Sie lag Ende 1988 bei 710 Fällen. Darin enthalten sind 157 Fälle von jungen Volljährigen, für die über den Zeitpunkt der Volljährigkeit hinaus Hilfen nach § 6 Absatz 3 JWG bzw. freiwillige

Leistungen aufgrund eines Ratsbeschlusses vom 01.07.1982 gewährt wurden.

Die Zahl der jungen Volljährigen, die wirtschaftliche Hilfe erhalten, hat sich demgegenüber von 130 am 31.12.1985 auf 157 am Ende des Berichtszeitraums erhöht. Von Bedeutung für diese Steigerung dürfte auch die weitere Differenzierung der Heimerziehung durch neue Betreuungsformen, wie das „sozialpädagogisch betreute Wohnen“ gewesen sein. Für diese Betreuungsform konnte 1988 mit den freien Trägern der Jugendhilfe eine neue Finanzierungsregelung vereinbart werden, die die Besonderheiten dieser Form der Heimerziehung stärker berücksichtigt.

In Kindergärten und Horten befanden sich am Ende des Jahres 1988 insgesamt 646 Kinder, für die Hort- bzw. Kindergartenbeiträge aufgrund der wirtschaftlichen Situation der Eltern ganz oder teilweise aus Mitteln des Jugendhilfeeats übernommen werden mußten.

Nach einer vorübergehenden Stabilisierung der Personalsituation in der zuständigen Fachabteilung ergaben sich 1988 durch starke Fluktuation erhebliche Probleme in der Sachbearbeitung.

Jugend- und Elternberatungsdienst

Im August 1986 zog die Hauptstelle des Jugend- und Elternberatungsdienstes aus dem Stadtteil Düsseldorf zur Willi-Becker-Allee 10. Die verkehrsmäßig günstige zentrale Lage führte dazu, daß für die Ratsuchenden der Zugang zu dieser Einrichtung erheblich erleichtert wurde. Neben der Entwicklung eines professionelleren Arbeitsstils war dies auch ein Grund dafür, daß sich bis zum Ende des Jahres 1988 die Zahl der Betreuungsfälle erheblich erhöhte. Im gesamten Berichtszeitraum ist die pädagogische Gruppenarbeit mit schulpflichtigen Kindern zu einem gefragten Dauerangebot geworden. Ihre Zielsetzung war und ist die Förderung von altersgemäßer Selbstständigkeit und Kontaktfähigkeit. Auch die sozialtherapeutische Gruppenarbeit mit delinquenten Jugendlichen konnte stabilisiert werden.

Großen Anklang bei türkischen Familien fand ein Sprachförderungsprojekt, das während der Sommerferien 1988 erstmals durchgeführt worden ist.

In enger Zusammenarbeit mit dem psychiatrisch-neurologischen Dienst des Gesundheitsamtes für Kinder und Jugendliche wurde gegen Ende des Berichtszeitraums ein Konzept entwickelt, das gezielte Hilfen für Familien mit hyperkinetischen Kindern anbietet.

Die Außenstelle des Beratungsdienstes in der Scheffelstraße 83 hat im Berichtszeitraum erstmals in einem Informations- und Beratungstreff für Arbeitslose eines eingetragenen freien Vereins eine offene Elterngruppe

gegründet. Wegen der positiven Resonanz auf dieses Angebot soll es auch in Zukunft weitergeführt werden.

Im Jahre 1987 wurde in der Einrichtung Scheffelstraße eine Mutter-Kind-Gruppe ins Leben gerufen. Diesem Angebot lag ein Wunsch von Eltern zugrunde, denen es nicht gelungen war, ihre Kinder in den bestehenden Kindertageseinrichtungen unterzubringen. Da das Interesse an diesem Angebot außerordentlich hoch war und die Teilnehmerzahl begrenzt werden mußte, wurde zusätzlich ein Angebot zur Selbsthilfe, d.h. zur Gründung und Betreuung von Spielgruppen in Eigeninitiative gemacht.

Im Rahmen der institutionellen Zusammenarbeit mit dem Kinderheim eines freien Trägers hat die Außenstelle des Jugend- und Elternberatungsdienstes in der Burscheider Straße 29 sich im Berichtszeitraum stark engagiert bei der diagnostischen Abklärung und Begutachtung besonders problematischer Kinder.

Städtisches Kinderhilfezentrum

Die Notaufnahmen insbesondere von Kindern im Alter von bis zu 6 Jahren nahmen in den vergangenen beiden Jahren erheblich zu. Eine Kinderschutzgruppe wurde deshalb für die Aufnahme dieser Kleinkinder familiengerecht umstrukturiert. Es konnten zusätzlich Familien für Erziehungsstellen im Kinderschutzbereich gewonnen werden, die bereit waren, in enger Zusammenarbeit mit dem Kinderhilfezentrum Säuglinge und Kleinstkinder vorübergehend zu betreuen.

1988 wurden durch die Polizei 75 Roma- und Sinti-Kinder dem Kinderhilfezentrum zugeführt. Um diesen Kindern, die zunehmend auf die Heimerziehung zukommen, entsprechende Hilfen geben zu können, mußte ein spezieller Bereitschafts- und Rückführungsdienst eingerichtet werden.

Im Jahre 1986 wurde eine interne Wohngruppe mit 9 Plätzen geschlossen. Aufgrund der Zunahme junger Erwachsener im Bereich des „Betreuten Wohnens“ konnte die Gesamtkapazität der Einrichtung trotz dieser Gruppenschließung auf dem gleichen Niveau gehalten werden. Die freigewordene Wohneinheit wird seither durch das Roma-Sinti-Rückführungsprojekt genutzt.

Ebenfalls 1986 konnte ein lang angestrebtes Ziel erreicht werden, nämlich eine weitere interne Wohngruppe auszulagern. 9 Kinder und Jugendliche konnten mit den Pädagogen in ein großes Haus an der Siegburger Straße 98 umziehen. Damit verfügt das städtische Kinderhilfezentrum wieder über 4 Außenwohngruppen.

Durch die Auslagerung dieser Wohngruppe konnte eine Sondergruppe für hörbehinderte Kinder und Jugendliche die freigewordenen

Räume nutzen. Da es sich hier um die einzige Gruppe dieser Art im Rheinland handelt, war es möglich, im Kinderhilfzentrum einen wichtigen Beitrag für die Stabilisierung der Hilfe für hörgeschädigte Kinder zu leisten.

Um dem Ziel der modernen Heimerziehung, die als eine vorübergehende stationäre Hilfe gewertet wird, näherzukommen, wurde im Berichtszeitraum die systematische Eltern- und Familienbetreuungsarbeit erheblich intensiviert. Die Tagesgruppen der Einrichtung haben dabei eine zentrale Rolle in der Nachsorge der betroffenen Kinder übernommen.

Amt für Ausbildungsförderung

Am 21.06.1988 ist das 11. Änderungsgesetz zum Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) in Kraft getreten. Es enthält neben einer gestaffelten linearen Leistungsanpassung einige Verbesserungen im Bereich der Auslandsausbildung, die Grundlage für eine

beschränkte Erweiterung der Schülerförderung sowie wesentliche Neuregelungen im Bereich der Darlehensrückzahlung und des Darlehenserrlasses.

Das Gesetz über die Unterhaltsbeihilfen für Schülerinnen und Schüler des Landes NW (UBG-NW) gilt in der Fassung vom 10.06.1986. Diese Novellierung des Unterhaltsbeihilfegesetzes enthält eine Sonderregelung zugunsten der Schüler, die in Bildungsgängen an Berufsschulen oder Kollegschulen eine Berufsausbildung in einem nach dem Berufsbildungsgesetz bei der Handwerkskammer anerkannten Ausbildungsberuf durchführen. Nach erfolgreichem Abschluß der Prüfung vor der Kammer erwerben diese Schülerinnen und Schüler einen Berufsabschluß in einem anerkannten Ausbildungsberuf.

Im Berichtszeitraum wurden folgende Anträge bearbeitet:

1986	1.603
1987	1.575
1988	1.605

Folgende Förderungsbeträge wurden ausbezahlt:

nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)	
1986	4.551.576,00 DM
1987	4.764.395,00 DM
1988	4.873.464,00 DM

nach dem Gesetz über Unterhaltsbeihilfen für Schüler des Landes NW (UBG-NW)	
1986	700.032,00 DM
1987	862.053,00 DM
1988	825.059,00 DM

Das Amt für Ausbildungsförderung wurde 1987 aus dem Gebäude Kasernenstr. 6 in das Haus Breitestraße 7 verlegt. 1988 wurde es im Stadthaus Mühlenstr. 29 untergebracht.

Amt 52 – Sportamt

Amtsleiter: Karl Theo Kels

Herausragende Fußball-Großveranstaltungen mit internationaler Bedeutung waren im Rheinstadion:

1987
Fußball-Länderspiel Deutschland/England
1988
Fußball-Länderspiele Deutschland/Italien und England/Niederlande
im Rahmen der in der Bundesrepublik durchgeführten Europameisterschaft,

Fußball-Länderspiel Deutschland/UDSSR und Leichtathletik-Länderkampf Deutschland/DDR.

Im Bereich des Rheinstadions wurde in den Berichtsjahren eine Reihe weiterer Maßnahmen begonnen bzw. abgeschlossen, die zum größten Teil Verbesserungen und Erneuerungen in der Hauptkampfbahn waren. Dazu zählen auch Sicherheitsmaßnahmen, welche für die Abwicklung von Spielen für die Fußball-

Europameisterschaft u. ä. künftige Ereignisse notwendig sind. Der Gesamtaufwand betrug rd. 7,35 Mio DM.

Im Eisstadion Brehmstraße wurden 1986 7 Spiele der Junioren-Eishockey-Europameisterschaft ausgetragen sowie das Eishockey-Länderspiel Deutschland/UDSSR. In den Jahren 1986-1988 fand die Deutsche Fieselmeisterschaft, 1987 die Deutsche Meisterschaft im Damen-Eishockey statt. 1988 war es Austragungsstätte für einige Spiele des jährlich im "Rochusclub" durchgeführten Tennis-World-Team Cup infolge zeitweilig witterungsbedingten Ausfalls der Tennisplätze am Rolander Weg.

Für die Erneuerung und Verbesserung verschiedener Einrichtungen des Eisstadions in den 3 Berichtsjahren wurden insges. rd. 712.000 DM ausgegeben.

Zur Verbesserung der Möglichkeiten für die Sportausübung bzw. Freizeitgestaltung der Düsseldorfer Bürger sind die verschiedensten

Maßnahmen auf städt. Sportanlagen mit einem Kostenaufwand von rd. 11,8 Mio. DM fertiggestellt worden.

Hierbei wurden neue Einrichtungen geschaffen - z. B. 1 Sporthalle, 3 Kleinspielfelder - und zahlreiche Überholungs- bzw. Erneuerungsarbeiten - z.B. Spielfelder, Gebäude - ausgeführt.

Für besonders förderungswürdige Maßnahmen auf dem Sport- bzw. Freizeitsektor wurden rd. 16 Mio. DM bewilligt. Dabei handelte es sich überwiegend um zweckgebundene Zuschüsse an Turn- und Sportvereine zur Förderung des Jugend- und Spitzensports, für die Teilnahme Düsseldorfer Sportler an Meisterschaften, für die Benutzung der Schwimmhallen, für die Übernahme der Reinigungs- und Bereitschaftsgebühren der Schulhausmeister bei der Benutzung der Turnhallen, für die Unterhaltung von Sportanlagen, für den Neubau und die Verbesserung von Vereinsheimen, Trainingsbeleuchtungen, Tennisplätzen und sanitären und sonstigen Einrichtungen auf Sportanlagen.

Amt 53 – Gesundheitsamt

Amtsleiter: Dr. Heiko Schneitler

Personalsituation

Im Berichtszeitraum mußte – wiederum überwiegend durch Pensionierungen bedingt – eine Vielzahl der Führungspositionen des Gesundheitsamtes neu besetzt werden.

Es handelte sich u.a. um die Stelle des stellvertretenden Amtsleiters und Leiters der Abteilung Medizinalaufsicht zum 01.02.1988, des Verwaltungsleiters zum 01.06.1986, der Leiterin der Abteilung Zahnärztlicher Gesundheitsdienst zum 01.10.1986, der Leiterin der Abteilung Ärztlicher Untersuchungsdienst zum 01.01.1987, und der Leiterin der Abteilung Tuberkulosefürsorge, Medizinisch-technischer Dienst zum 01.09.1987.

Unter Einbeziehung der Veränderungen im Vorberichtszeitraum haben sich in den vergangenen 6 Jahren mit Ausnahme der Leitung der Abteilung Psychiatrischer und Neurologischer Gesundheitsdienst in allen Führungspositionen personelle Veränderungen ergeben.

Bereits im Verwaltungsbericht 1983 - 1985 wurde darauf hingewiesen, daß für die Arbeit des Gesundheitsamtes auch neue Schwerpunkte gesetzt werden sollten. Dies wurde insbesondere dadurch erleichtert, daß das Gesundheitsamt 1986 ein neues Gebäude, das Gesundheitshaus Kölner Straße 180, beziehen konnte. Der Oberbürgermeister übergab das neue Gesundheitshaus der Düsseldorfer Bürgerschaft im Rahmen eines feierlichen Festaktes am 07.06.1986. Die bis dahin im Stadtgebiet dezentral untergebrachten Organisationseinheiten konnten bis auf den Psychiatrischen und Neurologischen Gesundheitsdienst und die Nebenstellen, die der bürgernahen Versorgung dienen, zusammengeführt werden. Für den Psychiatrischen und Neurologischen Gesundheitsdienst konnten im lediglich ca. 5 Fußminuten entfernten Gebäude Willi-Becker-Allee 10 Räume gefunden werden.

Ein neuer wichtiger Schwerpunkt im Rahmen der Bürgernähe war die Öffentlichkeitsarbeit und Gesundheitserziehung. So beteiligte sich das Gesundheitsamt im Jahre 1986 erstmals an einer Ausstellung der NOWEA, der Ausstellung "Präventa 86". Hier wurde der Düsseldorfer Bevölkerung bürgernahe Beratung zum Thema "Gesunde Ernährung" angeboten. Der Stand des Gesundheitsamtes wurde von über 12.000 Interessierten besucht. Im Folgejahr nahm das Gesundheitsamt mit der Themenstellung "Im Mittelalter gab's noch kein Gesundheitsamt / Vom Quacksalber zur modernen Prävention" an der Nachfolgemesse "aktiv 87" mit dem gleichen Erfolg teil.

Im Februar 1987 wurde ein zweitägiges Einweihungsfest der "Aktion Zahngesundheit in Düsseldorf" veranstaltet, mit dem den Düsseldorfern eine Gemeinschaftsaktion des Gesundheitsamtes und der Allgemeinen Ortskrankenkasse, der Innungskrankenkasse Düsseldorf und Neuss, der Düsseldorfer Betriebskrankenkassen und der Krankenkasse der rheinischen Landwirtschaft vorgestellt wurde. Innerhalb dieser Aktion werden alle Düsseldorfer Kindergartenkinder sowie deren Eltern und Erzieherinnen in einem umfangreichen Programm über richtige Zahnpflege und gesunde Ernährung informiert. Im Februar 1988 fand eine einwöchige umfassende Aufklärungs- und Informationsausstellung "Familienplanung – aber wie?" zu den Themen Sexualität, Familienplanung, Kontrazeption und AIDS statt.

Am 01.12.1988, dem Welt-AIDS-Tag, gestaltete das Gesundheitsamt in Zusammenarbeit mit dem AIDS-Hilfe Düsseldorf e.V. eine große öffentliche Informationsveranstaltung auf dem Burgplatz. Zum gleichen Thema wurden Informations- und Aufklärungsmedien für verschiedene Zielgruppen in 13 Sprachen erarbeitet.

Gemeinsam mit dem Weiterbildungszentrum wurde im Herbst-Wintersemester 1988/89 an 14 Abenden eine öffentliche Vortrags- und Gesprächsreihe zu den verschiedensten aktuellen Themen der körperlichen und seelischen Gesundheit unter dem Motto "Gesundheitsfragen – Zeitfragen" durchgeführt.

Zum Thema "Gesunde Ernährung des Kindes" konnten zwei umfangreiche Broschüren erarbeitet werden, die nicht nur in der Düsseldorfer Bürgerschaft erhebliches Interesse fanden. Die Erstellungskosten konnten durch die Genehmigung bundesweiter Nachdrucke erheblich gesenkt werden.

Umstrukturierung

Mit dem Bezug des Gesundheitshauses wurde das Gesundheitsamt in wesentlichen Bereichen umstrukturiert, um die veränderten räumlichen und medizinisch-technischen Möglichkeiten voll nutzen zu können.

So wurde insbesondere der ärztliche Untersuchungsdienst als Abteilung verselbständigt, wurden der Abteilung Medizinalaufsicht die Aufgaben des medizinischen Umweltschutzes, des Katastrophenschutzes und die Aufgabe des Prüfungsvorsitzenden für Krankenpflegeschulen und ähnliche Einrichtungen zugeordnet.

Um der Bekämpfung der neu aufgetretenen Erkrankung AIDS gerecht zu werden, wurde das Sachgebiet "AIDS" im Bereich der Abteilung Geschlechtskrankenfürsorge und Gefährdetenhilfe neu geschaffen. Schließlich war es erforderlich, den stark verbesserten medizinisch-technischen Dienst des Amtes unter die fachliche Leitung einer Ärztin für Lungen- und Bronchialheilkunde zu stellen.

Rettungsdienst

Die Stadt Düsseldorf betreibt seit dem 01.07.1973 zwei ärztlich besetzte Rettungswagen, stationiert in den Feuerwachen Münsterstraße und Hüttenstraße. Zum 01.06.1983 wurde eine dritte Rettungswache in Düsseldorf-Garath, Frankfurter Straße 245 eingerichtet. Für den medizinischen Bereich dieser Wachen (Personalkosten der Ärzte, Kosten für medizinisch-technisches Gerät, Arzneimittel und Verbandstoffe) wurden aus dem Etat des Gesundheitsamtes folgende Beträge aufgewandt:

1986	DM 1.279.974,77
1987	DM 1.340.167,29
1988	DM 1.380.341,76

Im selben Jahreszeitraum wurden von den Notärzten Einsätze in steigender Anzahl gefahren:

1986	5.806
1987	6.314
1988	6.431

Die durchschnittlichen Kosten betragen für den medizinischen Teil je Einsatz

1986	DM 220,46
1987	DM 212,25
1988	DM 214,64

Medizinalaufsicht

Krankenhauswesen und Krankenhausaufsicht

Erstmals wurden im Berichtszeitraum Krankenhausbaumaßnahmen aus städtischen Mitteln nicht gefördert.

Letztmalig wurden den freien gemeinnützigen Krankenhäusern 1986 DM 100.000,- für die Bereitstellung von Infektionsbetten gezahlt.

Derzeit ist nicht abzusehen, wann der neue Krankenhausbedarfsplan des Landes Nordrhein-Westfalen fertiggestellt sein wird.

In Zusammenarbeit mit den Trägern der Düsseldorfer Krankenhäuser wurde seit Anfang 1987 in der "Kleinen Kommission Bedarfsplanung" eine Analyse der Bettensituation in Düsseldorf erarbeitet. Die hier erreichten Ergebnisse sollten in die weiteren Planungen mit eingehen. Die Verwaltung hält den Abbau der vorhandenen Belegabteilungen für erforderlich, da hier die kontinuierliche qualifizierte Betreuung der Patienten und der medizinischen Notfälle nicht gleichermaßen gut wie in den ausreichend zur Verfügung stehenden Hauptabteilungen zu gewährleisten ist.

Durch die Schließung des Liebfrauenkrankenhauses im April 1988 fielen insgesamt 162 Krankenhausbetten fort. Wie vorhergesehen ist dieser Abbau sowohl in der Notfallversorgung als auch in der stationären Versorgung ohne Probleme durch die anderen Krankenhäuser aufgefangen worden.

Durch eine Reihe von Bau- bzw. Modernisierungsmaßnahmen verschiedener Kliniken konnte die Qualität der Versorgung in Düsseldorf gehalten bzw. verbessert werden. Der steigende apparative und technische Aufwand und die komplizierten medizinischen Verfahren verlangen einen immer größeren Aufwand bei der Überwachung der hygienischen Bedingungen in den Kliniken, besonders in den Operationsbereichen und den Intensivpflegestationen. Hier ist die Medizinalaufsicht mit erheblichen Problemen konfrontiert.

Durch geänderte Versorgungsstrukturen haben sich auch neue Gefahren ergeben, beispielsweise wird in Altenheimen und Krankenhäusern die Warmwasserversorgung überwiegend von zentralen Einrichtungen mit Vorlauftemperaturen von 45° C gefahren. Diese Warmwasserversorgung bietet ideale Vermehrungsbedingungen für Legionellen; in etwa 70 % der Duschköpfe von Duschen in Altenheimen sind Legionellen bereits nachweisbar. Erheblicher Aufwand zur Gefahrenabwehr ist in diesem Bereich erforderlich.

Medizinischer Umweltschutz und Umwelthygiene

Die aktuelle Diskussion über Umweltprobleme in Düsseldorf wie z.B. Asbest- oder Dioxinbelastungen zeigt, welche hohe Bedeutung die Bürger dem gesundheitlichen Umweltschutz beimessen. Notwendigerweise hat die Bürgerinformation und Bürgerberatung einen großen Umfang angenommen. Neben jährlich über 1.000 ausgedehnten telefonischen Beratungen sind rund 100 Ortstermine je Jahr in Wohnungen oder an Arbeitsplätzen, die der Analyse und der Erfassung von Umweltbelastungen und Empfehlungen zur Abwendung von gesundheitlichen Risiken dienen, wahrzunehmen. Die Frage der gesundheitlichen Folgen und die Bewertung von Umwelttrisiken wird zukünftig weiter steigen, d.h., der medizinische Umweltschutz wird,

gerade in der Großstadt, eine bedeutsame Rolle spielen.

Die Aufgabenbewältigung in diesem Bereich wird erschwert durch die bisherigen schematischen großflächigen Messungen. So wird die Luftmessung in Düsseldorf mit einem Raster von 1 km durchgeführt, die individuellen Belastungen können jedoch ungleich höher sein als die Durchschnittswerte ausweisen, z.B. bei Anwohnern verkehrsreicher Straßen. Die individuelle Belastung ist auch von der Risikquelle abhängig, so sind beispielsweise Kleinkinder durch Autoabgase stärker gefährdet als Erwachsene.

Die Bürgerberatung im Umweltbereich wurde weiter ausgebaut, durch die individuelle Beratung lassen sich auch Erkenntnisse im Rahmen der Gesamtbelastung gewinnen. Im Rahmen der Umweltaufgaben wird zukünftig der Bereich des biologischen Monitorings weiter ausgebaut, um die langdauernde Einwirkung von toxischen Stoffen und Schadstoffkombinationen besser beurteilen zu können.

Ein weiterer Schwerpunkt der umweltmedizinischen Arbeit liegt in der Beratung anderer Ämter in Umweltfragen, so in der Mitarbeit bei der Bewertung von Altlasten, Stellungnahmen zu grundlegenden Problemen, wie den Luftmeßberichten der Stadt oder Analysen von Planungsmaßnahmen auf ihre medizinischen und sozialen Auswirkungen. Es erscheint dringend notwendig, den gesundheitlichen Aspekt bei der Bewertung von Umweltfaktoren und bei Stadtplanungen zukünftig noch stärker zu berücksichtigen.

Zu den Schwerpunktaufgaben des Gesundheitsamtes gehört auch weiterhin die Überwachung der Trinkwasser- und Badewasserqualität. Trotz örtlicher Grundwasserbelastungen, vor allem durch Nitrat und vereinzelt durch chlorierte Kohlenwasserstoffe, ist die Trinkwasserqualität in Düsseldorf ungefährdet, da über 99% der Bürger zentral über die Stadtwerke mit aufbereitetem Trinkwasser versorgt werden.

Die Eigenwasserversorgungsanlagen bedürfen der verstärkten Überwachung, um bei steigender Belastung des Grundwassers gesundheitliche Gefährdungen frühzeitig festzustellen. Hier spielt auch die Pflanzenschutzmittelproblematik eine zunehmende Rolle. Erstmals ist 1988 ein umfassender Bericht über die Trinkwasserqualität in Düsseldorf erarbeitet worden.

Apotheken- und Arzneimittelaufsicht

Bis 31.12.1987 beschäftigte die Stadt Düsseldorf gemeinsam mit dem Kreis Mettmann einen Amtsapotheker, seit dem 01.01.1988 ist dieser ausschließlich für die Stadt Düsseldorf tätig.

Trotz eines bereits sehr dichten Netzes öffentlicher Apotheken – in Düsseldorf kommt auf je rund 2.760 Einwohner eine Apotheke – wurden 5 neue Apotheken im Berichtszeitraum eröffnet, 4 Apotheken und eine Krankenhausapotheke wurden aufgegeben.

Nachdem im Juli 1987 eine pharmazeutisch-technische Assistentin eingestellt werden konnte, wurde bis Ende 1988 schwerpunktmäßig der Verkehr mit Betäubungsmitteln überwacht. Die Betäubungsmittelverschreibungen der niedergelassenen Ärzte wurden überprüft, um Verschreibungsgewohnheiten festzustellen. Von über 50% der Ärzte wurden die Vorschriften der Betäubungsmittelverschreibungsverordnung und des Betäubungsmittelgesetzes nicht ausreichend beachtet. In ca. 25 Fällen, in denen besonders leichtfertige Verstöße gegen die Betäubungsmittelverschreibungsverordnung festgestellt wurden, wird derzeit strafrechtlich ermittelt.

Gesundheitsvorsorge für Mutter und Kind, Jugendgesundheitspflege

Die Gesundheitsvorsorge für Mutter und Kind sowie die Jugendgesundheitspflege wird im wesentlichen in den Nebenstellenbezirken des Gesundheitsamtes wahrgenommen. Diese Bezirke wurden zum 01.09.1987 von 7 auf 5 reduziert. Gleichzeitig wurde sichergestellt, daß in jedem Bezirk die Hauptnebenstelle täglich und zwei Zweignebenstellen tageweise besetzt sind. Die durch diese neue Organisationsform freigewordenen personellen Kapazitäten wurden für die Schaffung eines neuen Sachgebietes "Betreuung in sozialen Brennpunkten" eingesetzt.

Während in den Nebenstellenbezirken die üblichen Schulreihenuntersuchungen, Beratungen von Mutter und Kind usw. angeboten werden, führen die Mitarbeiter/innen des Sachgebietes "Betreuung in sozialen Brennpunkten" nachgehende und aufsuchende Betreuung, insbesondere Hausbesuche bei sozial schwachen Familien, Müttern in Notlagen und in sozialen Randgruppen durch. Wesentliche Aufgabe ist die Betreuung vernachlässigter oder mißhandelter Kinder. Unerfahrene Mütter werden in Fragen der Säuglingsernährung und -pflege beraten, über soziale Hilfen informiert und auf Organisationen, z.B. den ASD hingewiesen. Da diese Familien im allgemeinen selten oder überhaupt nicht einen niedergelassenen Kinderarzt aufsuchen, sorgt dieses Team für eine regelmäßige ärztliche Überwachung und medizinische Versorgung der Kinder, dabei insbesondere der gefährdeten Säuglinge und Kleinkinder. Die niedergelassenen Kinderärzte und Kinderkliniken wenden sich in den letzten Jahren bei Problem- und Risikokindern vermehrt mit der Bitte an das Gesundheitsamt, sie bei der Betreuung dieses Patientenkreises zu unterstützen. Die Zusammenarbeit zwischen dem sozialpädiatrischen Team und den niedergelassenen Kinderärzten sowie den Kinderklini-

ken verbessert sich mit zunehmendem Bekanntheitsgrad dieses Dienstes weiterhin ständig.

Im Bereich der sozialmedizinischen Familienberatung ist die Zahl der Schwangerschaftskonfliktberatungen in den letzten Jahren rückläufig, während die Beratungen im Bereich der Bundesstiftung "Mutter und Kind" zunehmen. Da die Stiftungsgelder für bedürftige Schwangere jedoch in keinem Jahr in ausreichender Höhe zur Verfügung standen, gestaltete sich die Beratung für die Stiftung insbesondere in der jeweils zweiten Jahreshälfte oft sehr schwierig. Die vom Gesundheitsamt seit Jahren angebotenen sexualpädagogischen Vorträge und Informationsgespräche werden gut und zunehmend verstärkt von den Schulen in Anspruch genommen.

Auch der berufsschulärztliche Dienst konnte aufgrund der bereits beschriebenen organisatorischen Änderung verstärkt werden. Diese wichtige Aufgabe wird durch das Gesundheitsamt auch zukünftig verstärkt wahrzunehmen sein, da die Berufsschüler häufig nicht mehr vom Kinderarzt und noch nicht vom praktischen Arzt regelmäßig versorgt werden. Angeboten werden nicht nur ärztliche Untersuchungen, sondern insbesondere auch Beratungen, hier besonders für Jugendliche mit Behinderungen, Drogen- und Alkoholproblemen oder mit psychologischen Auffälligkeiten.

Die Angebote "Ernährungsmedizinische Beratung", "Psychologische Untersuchung und Beratung bei Kleinkindern" sowie die "Human-genetische Beratung" werden nach wie vor gut frequentiert.

Zahnärztlicher Gesundheitsdienst

Seit 1986 bemüht sich das Gesundheitsamt in besonderem Maße, seiner Verpflichtung gerecht zu werden, auch Kindergartenkinder zahnärztlich zu betreuen. Es hat hierzu gemeinsam mit der AOK Düsseldorf, der Innungskrankenkasse Düsseldorf und Neuss, der Arbeitsgemeinschaft der Düsseldorfer Betriebskrankenkassen sowie der Krankenkasse der rheinischen Landwirtschaft eine Aktionsgemeinschaft Zahngesundheit in Düsseldorf gegründet. Diese Aktionsgemeinschaft stellt im Gebäude der AOK und im Gesundheitshaus jeweils ein Mundhygienezentrum zur Verfügung.

Dabei untersucht eine Zahnärztin des Gesundheitsamtes jährlich alle Düsseldorfer Kindergartenkinder und stellt deren Zahnstatus fest. Die im Rahmen der Aktionsgemeinschaft tätigen Prophylaxehelferinnen führen mit allen Düsseldorfer Kindergartenkindern, deren Eltern und den Erzieherinnen alljährlich ein Prophylaxeprogramm durch. Hierbei besucht die Prophylaxehelferin den Kindergarten mehrmals und informiert über richtige Zahn-

pflege und gesunde Ernährung. Im Rahmen dieser Veranstaltungsreihe wird regelmäßig auch ein Elternabend zur Information der Eltern durchgeführt. Abschluß der Veranstaltungsreihe ist für die Kinder der Besuch des Mundhygienezentrums, bei dem gemeinsam ein gesundes Frühstück eingenommen und anschließend die richtige Zahnpflege geübt wird. Dieses Programm ist bei der Düsseldorfer Bevölkerung gut angekommen.

Darüber hinaus werden vom zahnärztlichen Gesundheitsdienst die üblichen Schulreihenuntersuchungen durchgeführt. Hier bemüht sich das Gesundheitsamt jedoch aus hygienischen und medizinischen Gründen, diese Untersuchung nach Möglichkeit nicht mehr in den Klassen- oder ähnlichen Schulräumen durchzuführen, sondern die Schüler in das Gesundheitshaus zu bitten, wo drei gut ausgestattete zahnärztliche Arbeitsplätze zur Verfügung stehen.

Während der Wartezeit wird den Schülern mittels Videoanlage Gesundheitsinformation vermittelt, die durch das Gespräch mit den Zahnärztinnen vertieft wird.

In steigendem Umfang wurde der zahnärztliche Gesundheitsdienst für zahnärztliche Begutachtungen von verschiedenen Ämtern der Stadtverwaltung Düsseldorf, aber auch von in Düsseldorf ansässigen Landesbehörden und anderen Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts in Anspruch genommen.

Ärztlicher Untersuchungsdienst

Die personelle Besetzung des ärztlichen Untersuchungsdienstes wurde strukturell verbessert, es werden nunmehr überwiegend Internisten oder in der Weiterbildung zum Internisten stehende Ärzte beschäftigt. Diese fachliche Verbesserung führt in Verbindung mit der erheblich verbesserten medizinisch-technischen Ausstattung des Amtes zu einer deutlich gesteigerten Qualität der erstellten ärztlichen Gutachten.

Um die Ärzte nicht nur im Bereich der Diagnostik, sondern auch im Bereich der Notfallmedizin auf dem jeweils neuesten Stand zu halten, nehmen diese fast ausnahmslos nebenamtlich Notarztdienste auf den Rettungswagen der Stadt Düsseldorf wahr. Dem für die Organisation des medizinischen Dienstes auf den Rettungswagen verantwortlichen Gesundheitsamt werden dadurch wertvolle Organisationshinweise vermittelt.

Die steigende Zahl der Asylbewerber führte dazu, daß zunehmend vorsorgende Untersuchungen bei diesem Personenkreis durchgeführt werden.

Geschlechtskrankenfürsorge und Gefährdetenhilfe

Die Zahl der gemeldeten Geschlechtskrankheiten ist weiterhin rückläufig. Auch die im Gesundheitsamt festgestellten Erkrankungen sind zurückgegangen. Während 1986 noch 279 Geschlechtskrankheiten (245 GO, 34 Lues) festgestellt wurden, waren es 1987 75 (58 GO, 16 Lues, 1 weicher Schanker) und 1988 39 (28 GO, 11 Lues). Dieser Rückgang war sicher auch Folge der intensiven AIDS-Aufklärungskampagne und der damit verbundenen verstärkten Kondombenutzung. Es ist jedoch zu befürchten, daß - wie in den USA - die Zahlen wieder ansteigen werden, da mit einem Nachlassen der Angst vor HIV-Infektion gerechnet werden muß. Durch die Intensivierung vertrauensbildender Maßnahmen im Bereich der weiblichen Prostituiertenarbeit ist es gelungen, vermehrt auch die Frauen zur erreichen, die neben einer anderen Beschäftigung "anschaffen" und deshalb anonym arbeiten. So überwiegt die Zahl der betreuten Prostituierten aus Clubs, Studios, Apartments und Agenturen die Zahl der Frauen aus "öffentlichen" Häusern und der "genehmigten" Straßen bei weitem. Im Berichtszeitraum begaben sich insgesamt 1.551 weibliche Prostituierte erstmals in die Betreuung des Gesundheitsamtes.

Der HIV-Antikörpertest wurde einschließlich der Erstuntersuchungen 4.495 mal bei weiblichen Prostituierten durchgeführt. Bei 14 der untersuchten Frauen wurden HIV-Antikörper nachgewiesen.

Schwerpunkt der Arbeit in den zurückliegenden drei Jahren waren die AIDS-Aufklärung sowie die weitere Intensivierung der medizinischen und psychosozialen Betreuung der Prostituierten.

1987 entwickelte das Gesundheitsamt ein Hilfefprogramm für HIV-positive Prostituierte und bot Ausstiegshilfen für alle Prostituierten an. Mit Hilfe des Gesundheitsamtes sind bisher 35 Frauen aus der Prostitution ausgestiegen.

Im Jahre 1986 wurde die AIDS-Beratung für die "Allgemeinbevölkerung" einem eigenständigen Sachgebiet in der Abteilung Geschlechtskrankenfürsorge und Gefährdetenhilfe zugeordnet. Schwerpunktaufgaben dieses Sachgebietes waren zahlreiche Informationsveranstaltungen für die Düsseldorfer Bürgerschaft zum Thema AIDS, Einzelberatungen für Bürger, die befürchteten HIV-infiziert zu sein, die Durchführung von HIV-Testen und die Betreuung HIV-infizierter bzw. AIDS-kranker Menschen.

Psychiatrischer und Neurologischer Gesundheitsdienst für Kinder und Jugendliche

Der kinder- und jugendpsychiatrische Bereich betreut insbesondere fachärztlich Kinder mit

Lernbehinderungen und geistigen Behinderungen aller Art. Kindern und Eltern werden auch intensive sozialarbeiterische Hilfen angeboten.

Zunehmend sind die Beratungen für Kinder mit psychosomatischen neurotischen Entwicklungen.

Bedeutsam ist die Betreuung von Kindern, die Opfer von Kindesmißhandlungen geworden sind. Diese erfolgt in enger Zusammenarbeit mit der Anlaufstelle für Kindesmißhandlungen im Ev. Krankenhaus. Weiterhin wurden Jugendliche mit Adoleszenz-Krisen, Alkohol- und/oder Drogenabhängigkeit, Identitätskrisen oder depressiven Syndromen sowie Suizidgefährdete betreut.

Die ambulante Betreuung mußte zunehmend ausgebaut werden. Inzwischen wird für psychomotorisch gestörte Kinder ein motopädisches Sondertraining angeboten. Eine besondere Bedeutung kommt auch der Beratung und Unterstützung von Müttern behinderter Kinder zu, die im Rahmen einer von den Sozialarbeiterinnen des Dienstes geleiteten Gruppe geleistet wird.

Unter dem Dach des Institutes für Lebensberatung findet eine enge Zusammenarbeit mit dem schulpädagogischen Dienst und der Jugend- und Elternberatungsstelle statt.

Psychiatrischer und Neurologischer Gesundheitsdienst für Erwachsene

Der Psychiatrische und Neurologische Gesundheitsdienst für Erwachsene erstellt für den Amtsarzt die fachärztlichen Zusatzgutachten und ist darüber hinaus im Rahmen begleitender, nachsorgender Hilfen für psychisch Kranke sämtlicher Bereiche zuständig. Einen Betreuungsschwerpunkt bilden die chronischen Psychosen, die zunehmend ambulant betreut werden. Hierbei wird in Zusammenarbeit mit den niedergelassenen Nervenärzten eine teilstrukturierte Betreuung immer wichtiger. Eine zweite große Gruppe sind die psychisch Alterskranken, für die ambulante Versorgungsmöglichkeiten im Wohnbereich organisiert werden.

Eine ständige Zusammenarbeit mit dem Allgemeinen Sozialdienst ist Grundlage für eine erfolgreiche Betreuung vor Ort. Der in den letzten Jahren zunehmend ausgebaute sozialpsychiatrische Dienst besteht aus 5 multiprofessionell, sektorbezogen arbeitenden Teams (bestehend aus Arzt, Sozialarbeiter und Krankenschwester) und ist zu einem festen Bestandteil des ambulanten Versorgungssystems der Stadt Düsseldorf geworden. Der sozialpsychiatrische Dienst wird nach Möglichkeit sofort bei Kriseninterventionen und bei Nachsorgeaufgaben tätig, wobei nunmehr drei selbständige Außenstellen in den Sektoren Nord, Bilk und Süd bestehen.

Im Rahmen der Außenstellen wurden in 16 Gruppen verstärkt tagesstrukturierende und freizeitgestaltende Maßnahmen durch 3 nebenamtliche Kräfte geleistet. Hier sind ein Sportlehrer, ein Maltherapeut und ein Bewegungstherapeut eingesetzt.

Darüber hinaus betreut der psychiatrische Dienst eine therapeutische Wohngemeinschaft für 12 chronisch psychisch Kranke. Angehörigengruppen, im Rahmen derer die Familienmitglieder im Umgang mit ihren psychisch kranken Angehörigen geübt und trainiert werden, ergänzen das Angebot. Die zukünftigen Bestrebungen gehen dahin, neben dem Ausbau der tagesstrukturierenden Angebote Beratungen für ein spezielles Klientel anzubieten, so für die bislang noch nicht befriedigend versorgte Gruppe der psychisch kranken Rechtsbrecher.

Seit März 1988 betreut der Psychiatrisch-Neurologische Dienst 25 ehemals heroinabhängige Suchtpatienten im Rahmen eines medikamentengestützten Rehabilitationsprogramms, dem Methadon-Projekt des Landes Nordrhein-Westfalen, als erste Stadt in Deutschland. Ziel ist es, die Eignung medikamentengestützter Entziehungsprogramme wissenschaftlich zu überprüfen.

Ärztliche Beratungsstelle für körperlich Behinderte

Die sozialmedizinische Arbeit der Beratungsstelle verbindet in ihrer Praxis die fachärztlich orthopädische Begutachtung und Beratung mit einer intensiven sozialarbeiterischen Betreuung von Behinderten und ihren Angehörigen. Einer der Schwerpunkte ist die Arbeit für jugendliche Behinderte in der Körperbehinderten-Schule und den Werkstätten für angepaßte Arbeit sowie dem Förderungszentrum für körperbehinderte Kinder.

Steigend ist der Bedarf an gutachterlichen Leistungen für die Hilfsmittelversorgung Behinderteter.

Die Tätigkeit der Beratungsstelle für körperlich Behinderte umfaßte wie im Vorberichtszeitraum amtsärztliche, sozialärztliche, schulärztliche bzw. sonderschulärztliche und betriebsärztliche Aufgaben. Darüber hinaus war die sozialmedizinische und soziale Beratung von Körperbehinderten und deren Angehörige wesentlicher Aufgabenschwerpunkt.

Die Zusammenarbeit mit den Werkstätten für angepaßte Arbeit und dem Förderungszentrum für körperbehinderte Kinder wurde weiter gepflegt. Die aufsuchende Sozialarbeit durch Hausbesuche mit Betreuung im familiären Umfeld ist ein zweiter Schwerpunkt in der Abteilungsarbeit.

Seit 1986 entwickelte sich verstärkt der sogenannte Bereich der individuellen Schwerstbehindertenbetreuung. Im Jahre 1988 konnte für diese Aufgabe eine Sozialarbeiterin im Rahmen einer AB-Maßnahme eingestellt werden. Seit Anfang 1988 entwickelt sich eine enge Zusammenarbeit mit dem Geriatrischen Krankenhaus Elbroich. Die zunehmende Zahl der älteren Menschen, die durch eine akute oder chronische Erkrankung eine Behinderung erwerben, erfordert die Erprobung neuer Wege für die Wiedereingliederung dieser Betroffenen. Die zunächst als Modell angelegte Arbeit hat sich bewährt und sollte weiter verbessert werden.

Tuberkulose-Fürsorge, medizinisch-technischer Dienst

Der Rückgang der klassischen Tuberkulosefälle ließ es im Jahre 1986 zu, die Tbc-Nebstellen aufzugeben. Ohne daß dies zu personellen Konsequenzen führte, konnte der Abteilung im Jahre 1987 der medizinisch-technische Dienst zugeordnet werden. Die Anzahl der schweren Lungenerkrankungen hat in den letzten Jahren im Gegensatz zur allgemeinen Entwicklung im Tbc-Bereich nicht abgenommen, lediglich das Spektrum der schweren Lungenerkrankungen hat sich geändert. Besonders aktuell sind die Fälle von AIDS und Tbc mit einigen bereits eingetretenen Todesfällen in Düsseldorf.

Düsseldorf ist in Nordrhein-Westfalen immer noch die Stadt mit einer der höchsten Inzidenzen an Neuerkrankungen. Innerhalb des nicht mehr zurückgehenden Tuberkulosebestandes nimmt die Zahl der offenen, d. h. ansteckungsfähigen Fälle zu. Zudem bereitet hier eine derzeit noch schwer faßbare Dunkelziffer Sorge, da die Umgebungsuntersuchungen durch Wegfall der Röntgenbusse des Rheinischen Tuberkuloseausschusses behindert werden.

Die medizinisch-technischen Geräte müssen ständig auf dem hohen Standard der Medizingeräteverordnung und der europäischen Strahlenschutznormen der neuen Röntgenverordnung gehalten werden. Die Röntgendiagnostik des Gesundheitsamtes behält nicht nur ihre Bedeutung, sie muß sich vielmehr neuen Anforderungen stellen. Für die Funktionsdiagnostik der Atmung und der Atmungssorgane – z. B. der aktiven Feuerwehrbeamten – werden seit 1988 die Ganzkörperplethysmographie und die Blutgasanalyse eingesetzt. Sonographie und Gefäßduplex ergänzen die bisherigen Diagnosetechniken. Das Labor wurde auf den Stand der Technik gebracht und wird fortlaufend seiner Entwicklung angepaßt; damit verbunden ist eine Differenzierung der Untersuchungsmöglichkeiten in den Diagnosebereichen des Gesundheitsamtes.

Amt 54 – Kliniken der Landeshauptstadt Düsseldorf

Amtsleiter: Hans Kirschgens

Leistungen

In Erfüllung ihrer Aufgabenstellung wurden in den beiden Krankenhäusern Gerresheim und Benrath der Kliniken der Landeshauptstadt Düsseldorf im Berichtszeitraum die nachstehenden Patienten stationär aufgenommen und behandelt:

Jahr	Gerresheim	Benrath	Gesamt
1986	10.065	9.038	19.103
1987	10.858	9.074	19.932
1988	11.807	9.252	21.059

Die Ambulanzen und Leistungsstellen der beiden Krankenhäuser wurden in demselben Zeitabschnitt wie folgt zur ambulanten Untersuchung und Behandlung in Anspruch genommen:

Jahr	Behandelte Patienten		
	Gerresheim	Benrath	Gesamt
1986	19.718	22.924	31.642
1987	18.658	11.743	30.401
1988	22.095	11.170	33.265

Pflegesätze

Für die Kliniken der Landeshauptstadt Düsseldorf wurden in der Berichtszeit die nachstehenden allgemeinen Pflegesätze vereinbart und berechnet:

Jahr	KH Gerresheim	KH Benrath
1986	283,70 DM	244,70 DM
1987	299,30 DM	256,79 DM
1988	308,48 DM	257,00 DM

Struktur

Nachdem der Chefarzt der Chirurgischen Klinik des Krankenhauses Gerresheim Ende September 1986 wegen Erreichens der Altersgrenze in den Ruhestand trat, wurde die Chirurgische Klinik nach den Vorgaben des Krankenhausbedarfsplanes des Landes NW neu strukturiert und der Fachbereich seiner Aufgabenstellung entsprechend in zwei selbständige Abteilungen – nämlich für Allgemeinchirurgie und Gefäßchirurgie – gegliedert. Die Stadt hat bei ihren Überlegungen die veränderte Bedarfssituation in der Krankenversorgung berücksichtigt und die Teilung der Klinik ohne Veränderung der Gesamtbettenzahl durchgeführt. Der Chirurgischen Klinik wurden 115 Betten und der Gefäßchirurgischen Abteilung 30 Betten zugeteilt. Nachdem die erforderlichen baulichen Veränderungen fertiggestellt waren, konnten beide Fachbereiche jeweils unter Leitung eines eigenen Chefarztes am 01.10.1986 ihre Tätigkeit aufnehmen.

Unter anderem durch diese Umstrukturierung konnte eine Steigerung der Zahl der stationär behandelten Patienten im Krankenhaus Gerresheim herbeigeführt werden. So war bereits im Jahr 1987 eine Steigerung der Bettennutzung festzustellen. Dieser Trend setzte sich im Jahre 1988 fort.

Auch in der Leitung der Medizinischen Klinik des Krankenhauses Benrath erfolgte am 01.02.1988 ein personeller Wechsel, nachdem der bisherige Chefarzt dieses Bereiches

wegen Erreichens der Altersgrenze in den Ruhestand getreten war.

Baumaßnahmen

Auch in diesem Berichtszeitraum konnte eine Reihe notwendiger Bau- und Umbaumaßnahmen nicht erfolgen, weil die hierfür benötigten Fördermittel nicht zur Verfügung standen.

Unter Inanspruchnahme eines Investitionszuschusses der Stadt wurden im Krankenhaus Gerresheim die durch die Umstrukturierung der Chirurgischen Klinik notwendig gewordenen Umbaumaßnahmen durchgeführt. Gleichzeitig mußten für die operativen Bereiche der beiden Krankenhäuser Gerresheim und Benrath in Verbindung mit den Zulassungsanträgen für das Durchgangsarzt- und Verletzungsartenverfahren weitreichende Auflagen und Anforderungen des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen der gewerblichen Berufsgenossenschaften erfüllt werden. Die gesamten Umbau- und Einrichtungsmaßnahmen verursachten einen Kostenaufwand von knapp über 1 Million DM, die nahezu ausschließlich aus Eigenmitteln der Stadt getragen wurden.

Die nach Auflagen des Staatlichen Gewerbeaufsichtsamtes zur Sicherung der gesetzlichen Strahlenschutzbestimmungen erforderlich gewordenen Schutzmaßnahmen im nuklearmedizinischen Bereich des Krankenhauses Gerresheim bewirkten Kosten in Höhe von 557.000,00 DM, die in voller Höhe durch Landesmittel abgedeckt waren.

Amt 55 – Ausgleichsamt

Amtsleiter: Hans-Josef Moser

Allgemeines

Der vermehrte Zustrom von Spätaussiedlern veranlaßte den Gesetzgeber, den Lastenausgleich wider Erwarten fortzuschreiben, so daß auch die Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit oder deutscher Volkszugehörigkeit, die erst nach Abschluß der allgemeinen Vertreibungsmaßnahmen aus Polen, der UdSSR und Rumänien in das Bundesgebiet und nach Berlin (West) kommen, weiterhin in den Genuß von Entschädigungsleistungen gelangen. Diese Vergünstigung betrifft zunächst jedoch nur die bis 31.12.1991 eintreffenden Spätaussiedler. Vieles spricht aber dafür, daß die Frist verlängert wird und auch die ab 01.01.1992 ankommenden Geschädigten Lastenausgleichsansprüche geltend machen können. Das hat zur Folge, daß die Lastenausgleichsverwaltung noch viele Jahre für Spätaussiedler sowie Zuwanderer und Flüchtlinge aus der DDR und Berlin (Ost) tätig bleiben wird.

Seit 01.01.1988 nimmt das Ausgleichsamt Düsseldorf zusätzlich die Lastenausgleichsaufgaben des Kreises Mettmann wahr. Die Verwaltungskosten des Ausgleichsamtes, die nicht durch Zuweisung des Landes gedeckt werden, teilen sich Stadt und Kreis im Verhältnis ihrer Antragsbestände.

Die gesetzliche Fortführung des Lastenausgleichs, der vermehrte Zustrom, insbesondere von Aussiedlern, und die Übernahme der Lastenausgleichsaufgaben des Kreises Mettmann, sichern den Bestand des Ausgleichsamtes Düsseldorf über das nächste Jahrzehnt hinaus.

Entwicklung der Arbeitsgebiete

Im Berichtszeitraum wurden mehr als 1.000 Anträge auf Feststellung von Vermögensschäden, hauptsächlich von Spätaussiedlern aus

Polen, der UdSSR und Rumänien, eingebracht. Der Zuzug von Flüchtlingen und Zuwanderern aus der DDR und Berlin (Ost) nimmt zwar zu, wirkt sich aber nicht in vollem Umfang auf die Arbeit im Ausgleichsamt aus, weil dieser Personenkreis nur zum Teil Lastenausgleichsleistungen in Anspruch nehmen kann.

Die Bearbeitung der Spätaussiedleranträge stellt das Ausgleichsamt vor große Probleme. Hierbei wird die Prüfung, ob im Zusammenhang mit der Aussiedlung auch tatsächlich Schäden eingetreten sind, durch eine mangelhafte Beweisführung und zunehmend auftretende sprachliche Hürden immer schwieriger.

Die überregionalen Aufgaben der einheitlichen Feststellung von Schäden wegen Ver-

Zur Abgeltung von Kriegs- und Nachkriegsschäden sowie von Schäden infolge Spätaussiedlung wurden an Hauptentschädigung und anderen Einmalleistungen gezahlt:

	Gesamtleistung	davon Barzahlung	an Empfänger
1986	5,1 Mio. DM	4,4 Mio. DM	1.181
1987	4,5 Mio. DM	3,9 Mio. DM	1.032
1988	6,4 Mio. DM	4,9 Mio. DM	1.389

Am Ende des Berichtszeitraumes betreute das Ausgleichsamt Düsseldorf 2.239 Kriegsschadenrentenberechtigte, 984 mit Wohnsitz in Düsseldorf und 1.255 mit Wohnsitz im Kreis Mettmann. An Kriegsschadenrente und vergleichbaren Leistungen wurden gewährt:

1986 = 7,0 Mio. DM
1987 = 6,5 Mio. DM
1988 = 14,1 Mio. DM

Die Anzahl der Geschädigten, die Darlehen zum Aufbau oder zur Festigung einer selbständigen Existenz sowie für den Wohnungsbau

lusts von Anteilsrechten bzw. Beweissicherung von Schäden juristischer Personen, für die das Ausgleichsamt Düsseldorf sonderzuständig ist, blieb im Berichtszeitraum unverändert. In diesem Bereich sind noch für mehr als 400 Gesellschaften Schadensfeststellungen oder Beweissicherungen durchzuführen. Dabei handelt es sich um Verfahren, die ebenfalls kompliziert und zeitaufwendig sind.

Nahezu alle Spätaussiedler haben Ansprüche auf Hausratenschädigung. Diese Lastenausgleichsleistung, 1.200,00 DM bis 2.000,00 DM je Familie, beantragten im Berichtszeitraum mehr als 2.200 Geschädigte, davon im Jahre 1988 = 1.240.

beantragten, nimmt infolge des Spätaussiedlerzustroms seit einem Jahr wieder zu. Im Berichtszeitraum wurden Aufbaudarlehen mit 2,5 Mio. DM (davon 1988 = 1,2 Mio. DM) an 137 Geschädigte (davon 1988 = 72 Geschädigte) gewährt.

Gesamtleistungen

Das Ausgleichsamt Düsseldorf zahlte im Berichtszeitraum 46,1 Mio. DM an Entschädigungen.

Die Entwicklung der Kliniken der Landeshauptstadt Düsseldorf ist in den vergangenen Jahren durch die zunehmende Spezialisierung der Versorgung und die damit verbundene Verlagerung von Patienten in spezialisierte Kliniken gekennzeichnet. Dies hat zu einer deutlichen Reduzierung der Bettenzahl in den allgemeinen Krankenhausbereichen geführt.

Jahr	Bettenzahl
1989	10.000
1990	9.500
1991	9.000

Die Entwicklung der Kliniken der Landeshauptstadt Düsseldorf ist in den vergangenen Jahren durch die zunehmende Spezialisierung der Versorgung und die damit verbundene Verlagerung von Patienten in spezialisierte Kliniken gekennzeichnet.

Spital	Bettenzahl
Städtisches Krankenhaus	4.500
Städtisches Krankenhaus	3.000
Städtisches Krankenhaus	2.500
Städtisches Krankenhaus	2.000
Städtisches Krankenhaus	1.500
Städtisches Krankenhaus	1.000
Städtisches Krankenhaus	500
Städtisches Krankenhaus	500

Das Städtische Krankenhaus Düsseldorf verfügt über ein Bettenkontingent von 10.000 Betten. Die Bettenzahl ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gesunken.

Die Entwicklung der Kliniken der Landeshauptstadt Düsseldorf ist in den vergangenen Jahren durch die zunehmende Spezialisierung der Versorgung und die damit verbundene Verlagerung von Patienten in spezialisierte Kliniken gekennzeichnet. Dies hat zu einer deutlichen Reduzierung der Bettenzahl in den allgemeinen Krankenhausbereichen geführt.

Spital	Bettenzahl
Städtisches Krankenhaus	4.500
Städtisches Krankenhaus	3.000
Städtisches Krankenhaus	2.500
Städtisches Krankenhaus	2.000
Städtisches Krankenhaus	1.500
Städtisches Krankenhaus	1.000
Städtisches Krankenhaus	500
Städtisches Krankenhaus	500

Das Städtische Krankenhaus Düsseldorf verfügt über ein Bettenkontingent von 10.000 Betten. Die Bettenzahl ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gesunken.

Die Entwicklung der Kliniken der Landeshauptstadt Düsseldorf ist in den vergangenen Jahren durch die zunehmende Spezialisierung der Versorgung und die damit verbundene Verlagerung von Patienten in spezialisierte Kliniken gekennzeichnet. Dies hat zu einer deutlichen Reduzierung der Bettenzahl in den allgemeinen Krankenhausbereichen geführt.

Spital	Bettenzahl
Städtisches Krankenhaus	4.500
Städtisches Krankenhaus	3.000
Städtisches Krankenhaus	2.500
Städtisches Krankenhaus	2.000
Städtisches Krankenhaus	1.500
Städtisches Krankenhaus	1.000
Städtisches Krankenhaus	500
Städtisches Krankenhaus	500

Das Städtische Krankenhaus Düsseldorf verfügt über ein Bettenkontingent von 10.000 Betten. Die Bettenzahl ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gesunken.

Entwicklung der Arztstellen

Die Entwicklung der Kliniken der Landeshauptstadt Düsseldorf ist in den vergangenen Jahren durch die zunehmende Spezialisierung der Versorgung und die damit verbundene Verlagerung von Patienten in spezialisierte Kliniken gekennzeichnet.